



# Konjunktur aktuell

1/2023

14. März 2023, 11. Jahrgang

Arbeitskreis Konjunktur des IWH **s. 2**

## Gasspeicher voll – Konjunkturaussichten weniger trüb

Im Frühjahr 2023 wirken gegenläufige Kräfte auf die Weltwirtschaft: Das Ende des Corona-Lockdowns in China gibt vor allem dem asiatischen Raum einen Schub, doch die anhaltend hohe Inflation belastet die fortgeschrittenen Volkswirtschaften weltweit. Alles in allem bleibt die internationale Konjunktur 2023 schwach. Für die deutsche Wirtschaft blieb der vielfach erwartete deutliche Einbruch aus, denn die Gasversorgungslage hat sich zunächst stabilisiert. Dennoch dürfte die Konjunktur wegen der Energiekosten, hoher Inflation, gestiegener Realzinsen und rückläufiger Realeinkommen schwach bleiben. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2023 um lediglich 0,4% zulegen, und die Inflationsrate bleibt mit 5,8% hoch.

# Konjunktur aktuell: Gasspeicher voll – Konjunkturaussichten weniger trüb

Arbeitskreis Konjunktur des IWH\*

## Zusammenfassung

Im Frühjahr 2023 wirken gegenläufige Kräfte auf die Weltwirtschaft: Das Ende von Pandemie und Lockdowns in China bedeutet einen Schub vor allem für den asiatischen Raum. Belastend wirkt aber die weiterhin hohe Inflation in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Zwar sinken die Raten der Verbraucherpreisinflation, allerdings vorwiegend aufgrund wieder niedrigerer Energiepreise, und die Kernraten sind weiter hoch. Die deshalb zu erwartenden Leitzinserhöhungen werden die Nachfrage im Jahr 2023 etwa im Bausektor vielerorts dämpfen, wohingegen die Lieferengpässe als Hemmnisse der Produktion auf der Angebotsseite an Bedeutung verlieren. Alles in allem bleibt die internationale Konjunktur im Jahr 2023 schwach, mit einem stagnativen ersten Halbjahr im Euroraum und einer milden Rezession im zweiten Halbjahr in den USA.

Der im vergangenen Herbst vielfach erwartete deutliche Einbruch der deutschen Wirtschaft ist ausgeblieben. Zwar ist das Bruttoinlandsprodukt im Schlussquartal 2022 um 0,4% gesunken, für Anfang dieses Jahres deuten Frühindikatoren aber auf einen leichten Zuwachs hin. Die Befürchtungen sind nicht eingetroffen, weil die Gasversorgungslage stabilisiert werden konnte. Die Gaspreise dürften für private Haushalte im Schnitt in diesem Jahr niedriger oder nur wenig höher liegen als die Preise, die der Staat für 80% der vom einzelnen Haushalt zuletzt verbrauchten Menge garantiert. Und doch bleiben die konjunkturellen Aussichten eingetrübt: Die Kosten für Energie sind immer noch deutlich höher als vor Beginn der Gasknappheit in Europa im Sommer 2021. Zudem hat die Kerninflation Anfang 2023 einen Höchststand erreicht, und die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sinken. Die höheren Finanzierungskosten verschärfen die Kostenkrise am Bau. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im ersten Halbjahr 2023 in etwa stagnieren. Im zweiten Halbjahr, wenn Lieferengpässe als wesentliches Hindernis für eine Produktionsausweitung wegfallen und die dämpfenden Wirkungen des Energiepreisschocks nachlassen, belebt sich die Konjunktur wieder.

### Tabelle

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2021 bis 2024

	2021	2022	2023	2024
Veränderung des preisbereinigten BIP gegenüber dem Vorjahr in %				
Deutschland	2,6	1,8	0,4	1,9
darunter: Ostdeutschland <sup>1</sup>	2,3	1,6	0,5	1,6
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Arbeitsvolumen	1,7	1,4	-0,2	0,7
Tarifföhne je Stunde	1,3	2,2	3,6	3,5
Effektivlöhne je Stunde	1,8	4,7	5,7	4,1
Lohnstückkosten <sup>2</sup>	0,7	3,8	5,4	3,2
Verbraucherpreisindex	3,1	6,9	5,8	3,5
in 1 000 Personen				
Erwerbstätige (Inland)	44 980	45 570	45 832	45 896
Arbeitslose <sup>3</sup>	2 613	2 418	2 494	2 473
in %				
Arbeitslosenquote <sup>4</sup>	5,7	5,3	5,4	5,4
darunter: Ostdeutschland <sup>1</sup>	7,1	6,7	6,8	6,8
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Finanzierungssaldo des Staates	-3,7	-2,6	-1,5	-0,3
Leistungsbilanzsaldo	7,4	3,8	5,7	6,4

<sup>1</sup> Ostdeutschland einschließlich Berlin. – <sup>2</sup> Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – <sup>3</sup> Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – <sup>4</sup> Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2023: Prognose des IWH (Stand: 13.03.2023).

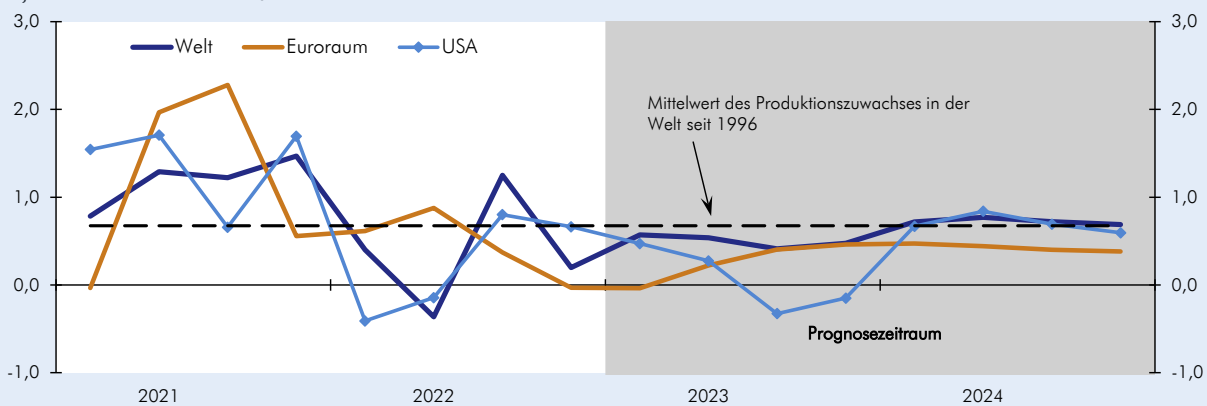
\* Drygalla, Andrej; Exß, Franziska; Heinisch, Katja; Holtemöller, Oliver; Kämpfe, Martina; Kozyrev, Boris; Lindner, Axel; Sardone, Alessandro; Schult, Christoph; Schultz, Birgit; Staffa, Ruben; Zeddies, Götz.

## Hohe Inflation und rasch steigende Zinsen bremsen die internationale Konjunktur

Im ersten Quartal 2023 wirken gegenläufige Kräfte auf die Weltwirtschaft: Belastend wirken vor allem die weiterhin hohe Inflation in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften, zumal in den USA und im Euroraum, und die darin begründeten Erwartungen weiterer Leitzinserhöhungen. Dagegen bedeutet das Ende von Pandemie und Lockdowns in China einen Schub vor allem für den asiatischen Raum. Gespalten ist auch die Dynamik der Produktion zwischen Dienstleistungen und Industrie: Mit der Öffnung der chinesischen Volkswirtschaft haben sich insbesondere die Aussichten vieler Dienstleistungsbranchen verbessert. Auf der anderen Seite schlägt das Auslaufen des Nachfrage-Booms für IT-Güter und Halbleiter negativ auf Produktion und Exporte wichtiger High-Tech-Standorte wie Japan und Südkorea durch. Zudem belasten hohe Energiekosten die Industrieproduktion in Europa, auch wenn die europäischen Gaspreise nach exorbitanten Steigerungen im Sommer vergangenen Jahres im Winterhalbjahr wieder deutlich gesunken sind.

**Abbildung 1**  
Bruttoinlandsprodukt der Welt, der USA und des Euroraums

Vierteljährliche Zuwachsraten in %



Quellen: OECD; IWF; Eurostat; nationale Statistikämter; 2023 und 2024: Schätzung und Prognose des IWH.

Der Rückgang von Erdöl- und Gaspreisen und das Ausbleiben einer akuten Energiekrise in Europa waren wesentliche Gründe dafür, dass die Weltwirtschaft den vielfachen Belastungen im Schlussquartal 2022 recht robust standgehalten hat. So blieb die Industrieproduktion im **Euroraum** trotz des Anstiegs der Energiekosten in etwa stabil. Allerdings haben die inflationsbedingt rückläufigen Realeinkommen die privaten Haushalte dazu veranlasst, ihren Konsum zu senken, und auch die Investitionen waren rückläufig, während die Nettoexporte zulegten. Insgesamt hat das Bruttoinlandsprodukt im Euroraum stagniert (vgl. Abbildung 1). In den **USA** sind dagegen die Realeinkommen bei nicht ganz so hohen Inflationsraten wie im Euroraum und höheren Lohnzuwächsen noch etwas gestiegen, und die US-Haushalte haben ihre Konsumausgaben moderat ausgeweitet. Weil zudem die Unternehmen ihre Läger auffüllten, kam es in den USA trotz rückläufiger Anlageinvestitionen und Exporte zu einem deutlichen Produktionszuwachs (+0,7%). Turbulent verlief das Schlussquartal 2022 in **China**: Im November kam es zu einem neuerlichen Pandemie-Ausbruch, und als die Regierung zu dem Schluss kam, dass Lockdowns ihn nicht eindämmen konnten, gab sie ihre Null-Covid-Politik abrupt auf. Die erst von den Lockdowns und dann von der massiven, aber schnell wieder verebbenden Pandemiewelle beeinträchtigte Produktion hat im vierten Quartal stagniert. Auf die Verwerfungen in der chinesischen Wirtschaft aufgrund der Pandemiewelle ist zu einem Gutteil der Rückgang **des internationalen Warenhandels** und die stagnierende Welt-Industrieproduktion gegen Jahresende zurückzuführen. Zudem verlagert sich die Nachfrage der Konsumenten vielerorts wieder weg von den Produkten des Verarbeitenden Gewerbes hin zu den Dienstleistungen. Mit der Abschwächung des internationalen Warenhandels haben sich Lieferengpässe verringert und die Frachtraten für den Schiffstransport von Asien nach Nordamerika oder Europa haben sich fast wieder normalisiert.

Für den weiteren Gang der Weltkonjunktur ist die Entwicklung der **Inflation** in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften wichtig, weil von ihr weitere geldpolitische Maßnahmen, Zinssätze und Finanzierungskosten abhängen werden. Seit Herbst sinken die Raten der Verbraucherpreisinflation in den USA (auf 6,4% im Januar), in Großbritannien (10,1%) und im Euroraum (8,5%, Februar), vorwiegend aufgrund wieder niedrigerer Energiepreise. Allerdings geht

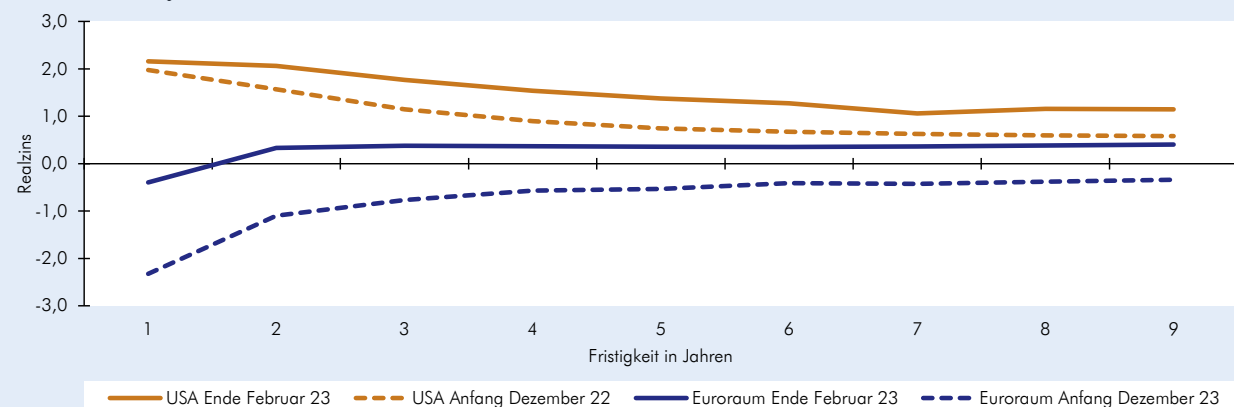
die Kernrate (also die Inflation unter Ausschluss der Gütergruppen Energie und Nahrungsmittel) in den USA viel langsamer zurück, auch langsamer als vielfach noch vor Kurzem vermutet wurde. Sie ist vom 2%-Inflationsziel der US-Notenbank jedenfalls noch weit entfernt. Im Euroraum steigt die Kernrate sogar noch weiter an, sie lag im Februar bei 7,4% (ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel). Dabei hat die Preisdynamik im Euroraum auf die Löhne bislang nur wenig übergegriffen. Manche Forderungen von Arbeitnehmerseite bei jüngsten Tarifverhandlungen machen aber eine Beschleunigung des Lohndrucks im Euroraum wahrscheinlich. In vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften erleichtert die Knappheit von Arbeitskräften eine starke Reaktion der Löhne auf die hohe Verbraucherpreisinflation, was wiederum den Rückgang des Preisauftriebs verlangsamen dürfte. Dies gilt für die USA und Großbritannien noch mehr als für den Euroraum. Für die Zentralbanken geht es in dieser Situation darum, ihre Reputation als verlässlicher Hüter der Preisstabilität aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen. Deshalb wird es in diesem Jahr zu weiteren deutlichen **Leitzinserhöhungen** kommen, in den USA wohl um einen Prozentpunkt auf 5,75% (Obergrenze der Zielrate), im Euroraum um einen Prozentpunkt auf 3,5% (Einlagenzinssatz), und auch die Bank von England dürfte ihren Leitzins um einen Prozentpunkt auf 4,5% anheben.

Im vergangenen Winter hatten die **Finanzmärkte** noch aus dem deutlichen Fall der Energiepreise und dem Rückgang der Inflationsraten auf der Verbraucherseite geschlossen, dass die Geldpolitik nur noch wenig gestraft werden müsse. Die Kapitalmarktrenditen gingen deshalb etwas zurück und die Aktienkurse holten einen Teil ihrer seit Jahresanfang 2022 angesammelten Verluste wieder auf, besonders deutlich in Europa. Nun erweist sich die binnenwirtschaftliche Preisdynamik in den westlichen Volkswirtschaften als hartnäckig, und auch die **Rohstoffpreise** könnten wieder anziehen, wenn die chinesische Nachfrage nach überwundener Pandemie wieder Fahrt aufnimmt. Solche Erwartungen dürften hinter dem Anstieg der Preise für wichtige Industriemetalle wie Kupfer zu Jahresbeginn stehen. Gestiegen sind auch die Kapitalmarktrenditen, und die Aktienkurse haben etwas nachgegeben.

**Finanzpolitische Maßnahmen** dürften im Jahr 2023 die internationale Konjunktur weniger beeinflussen als die Geldpolitik. In den USA ist der finanzpolitische Impuls schwach negativ, denn aufgrund des persistenten Preisauftriebs und steigender Zinsen besteht kaum fiskalischer Handlungsspielraum. In Europa werden aufgrund des Falls von Gas- und Strompreisen viele staatliche Maßnahmen zur Dämpfung der Energiekosten für private Haushalte und Unternehmen wesentlich geringer ausfallen als noch im Herbst vermutet. Insgesamt dürfte die Finanzpolitik im Euroraum leicht expansiv ausgerichtet sein, auch weil die Ausgaben aus der Aufbau- und Resilienzfazilität der EU gegenüber 2022 noch einmal ausgeweitet werden. In China wurden im November Maßnahmen zur Stützung des angeschlagenen Immobiliensektors beschlossen, so erhalten etwa Immobilienunternehmen Finanzspritzen vonseiten des staatlichen Bankensektors. Der wesentliche Impuls, den die chinesische Wirtschaftspolitik der internationalen Konjunktur gegeben hat, ist aber die praktisch zeitgleich mit den Finanzspritzen veröffentlichte Aufhebung des weltweit letzten großen Lockdowns.

**Abbildung 2**  
Realzinsen verschiedener Fristigkeit im Euroraum und in den USA

basierend auf Swapsätzen für Kurzfristzinsen und für Inflationsraten



Quellen: Refinitiv; Berechnungen des IWH.

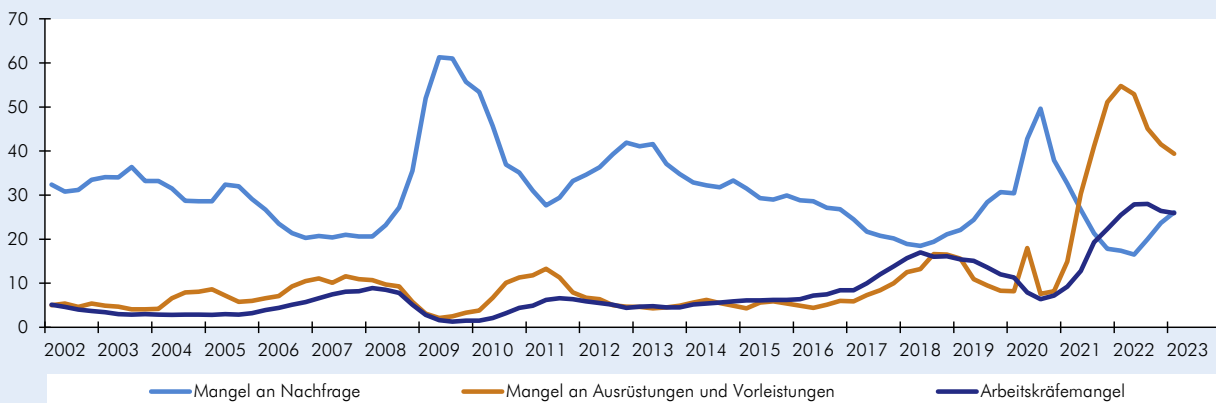
Mit der Pandemie und mit den im Kampf gegen sie verhängten Beschränkungen ist nun in allen großen Volkswirtschaften ein großes Hemmnis vom Güterangebot genommen. Allerdings ist mit dem Abbruch der russischen

Energielieferungen nach Europa ein neuer Angebotsschock dazugekommen, der nicht nur Europa trifft. Denn das weltwirtschaftliche Angebot an fossilen Energieträgern ist insgesamt gesunken, da es Russland vor allem aus technischen Gründen nur teilweise gelingt, seine Gas- und Ölexporte in Richtung Asien umzulenken. Dieser Angebotsschock äußert sich nicht, wie während der Pandemie, in Lieferengpässen. Denn die Großhandelspreise für Öl und Gas sind, anders als etwa die vieler in der Pandemie knapper Industriegüter, hoch flexibel. Sie sind entsprechend stark gestiegen und haben so die Nachfrage mit dem knappen Angebot zur Deckung gebracht.<sup>1</sup> Die teurere Energie hat die durch massive staatliche Stützung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage entfachte Inflation zusätzlich befeuert. Zudem hat die nach einigem Zögern dann doch entschlossene Reaktion der westlichen Zentralbanken die Zinsen (von extrem niedrigem Niveau) auch real deutlich steigen lassen (vgl. Abbildung 2). Dadurch wird die Nachfrage im Jahr 2023 gedämpft werden.

Schon im vierten Quartal 2022 waren die besonders zinsreagiblen Bauinvestitionen in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften rückläufig. Es steht zu erwarten, dass gedämpfte Nachfrage als Hemmnis der Produktion in den Vordergrund treten wird und Lieferengpässe weiter an Bedeutung verlieren, in Europa wie in den USA (vgl. Abbildung 3).

**Abbildung 3**  
Produktionshemmende Faktoren im Verarbeitenden Gewerbe im Euroraum

Anteil der Nennungen (Mehrfachnennung möglich)



Quelle: Umfrage der Europäischen Kommission.

Für den Euroraum deuten die Frühindikatoren auf eine Stagnation **im ersten Halbjahr 2023** hin. Für das zweite Halbjahr gibt es Chancen auf eine Belebung, die aber verhalten bleiben dürfte, denn es muss wohl mit einer Fortsetzung des russischen Angriffskriegs gerechnet werden, welcher das Zukunftsvertrauen umso mehr belastet, je länger er anhält. Die robusten Arbeitsmärkte dürften die Konjunktur im Euroraum allerdings weiter stützen. In den USA zeichnet sich erst einmal eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Expansion ab. Allerdings ist schwer vorstellbar, dass die restriktive Geldpolitik die Preisdynamik eindämmt, ohne zugleich einen deutlichen Abschwung zu bewirken. Deshalb ist für die zweite Jahreshälfte ein leichter Rückgang der US-Produktion zu erwarten. Für China ist mit einer kräftigen konjunkturellen Erholung zu rechnen, von der auch ausländische Zulieferer profitieren dürften, falls die geopolitischen Spannungen mit dem Westen die Wirtschaftsbeziehungen nicht allzu deutlich beschädigen. Dabei hilft, dass sich in der Pandemiezeit auch auf den Konten der chinesischen Haushalte beträchtliche Ersparnisse angesammelt haben. Die schwierige Lage des Immobiliensektors dürfte allerdings die Dynamik der Erholung in Grenzen halten.

**Alles in allem** steigt die Weltproduktion nach vorliegender Prognose im Jahr 2023 um 2,1% und im Jahr 2024 um 2,7% (vgl. Tabelle A1). Der Welthandel mit Gütern expandiert dieses Jahr lediglich um 0,5%, für 2024 wird ein Zuwachs von 2,3% prognostiziert. Die Teuerung wird in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften zwar nach und nach abebben, aber erst im Lauf des Jahres 2024 kommt die Inflation in den USA, im Euroraum und in Großbritannien allmählich wieder in die Nähe der geldpolitischen Zielraten von 2%.

Solange der russische Angriffskrieg andauert, bestehen erhebliche **Risiken** für Europa, und das auch wirtschaftlich. So stammen immerhin noch etwa 14% des EU-Erdgasimports aus Russland; sie könnten im Zuge der Konfrontation

<sup>1</sup> So wurde im vergangenen Jahr die Nachfrage nach Flüssiggas aus Asien von der gestiegenen und zahlungskräftigeren Nachfrage aus Europa in großem Umfang verdrängt (vgl. dazu *Shell Energy Outlook 2023*).

irgendwann einmal ausfallen.<sup>2</sup> Ein hohes weltwirtschaftliches Risiko ist zudem die Möglichkeit, dass zwischen den USA und China ein offener Handelskrieg ausbricht. Allerdings herrscht an den Finanzmärkten keine besonders hohe Unsicherheit; das zeigen die Niveaus der aus Optionsverträgen abgeleiteten Risikoindizes VIX (für den US-Aktienindex S&P500) oder VSTOXX (für den Euroraum-Index Euro Stoxx50). Dabei bringt auch der starke Anstieg der Zinsen in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften und in den meisten Schwellenländern nicht unerhebliche Risiken mit sich. Die Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen ist vor allem für Schuldner mit geringer Bonität gefährlich. So belasten die hohen Zinsen zusammen mit dem starken Dollar viele Länder des Globalen Südens, betroffen sind etwa private Unternehmen in Schwellenländern, die sich statt in heimischer Währung in US-Dollar verschuldet haben. Auch für die fortgeschrittenen Länder dürften mit den höheren Zinsniveaus die fiskalischen Risiken nach und nach zunehmen, auch weil sich die seit Pandemieausbruch stark erhöhten öffentlichen Defizite in vielen fortgeschrittenen Ländern nur langsam zurückbilden. Die mittelfristigen Aussichten für die öffentlichen Finanzen scheinen auch deshalb vielfach eingetrübt, weil die Politik dazu tendiert, bei der Energiewende eher auf staatliche Subventionierung bestimmter Technologien als auf eine Internalisierung externer Kosten der CO<sub>2</sub>-Emissionen zu setzen.

### Rahmenbedingungen für die Prognose

Der hier vorgelegten Prognose liegen folgende Rahmenbedingungen zugrunde: Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt bis zum Ende des Prognosezeitraums bei 1,06 US-Dollar/Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist in etwa so hoch wie im Schnitt der vergangenen drei Jahre. Der Welthandel (Güter) dürfte im Jahr 2023 um 0,5% und im folgenden Jahr um 2,3% steigen. Ferner wird davon ausgegangen, dass die EZB ihren Einlagensatz bis auf 3,75% (Hauptrefinanzierungssatz 4,25%) im zweiten Halbjahr 2023 anhebt und im Verlauf des Folgejahres langsam wieder senkt. Der Preis für Erdöl der Sorte Brent liegt im Durchschnitt des Jahres 2023 bei 82 US-Dollar je Barrel und im Jahr darauf bei 78 US-Dollar. Der Großhandelspreis für Gas in Europa bleibt bis zum Herbst 2023 bei etwa 50 Euro je Megawattstunde, gegen Jahresende steigt er auf 57 Euro, und im Jahr 2024 liegt er im Schnitt bei 54 Euro. Der Durchschnittspreis für Erdgas, den private Haushalte zu zahlen haben, liegt im Prognosezeitraum durchgehend bei etwa 10 Cent je Kilowattstunde.

Die Finanzpolitik in Deutschland wirkt im Jahr 2023 nahezu konjunkturneutral. Auf der Einnahmeseite wirken im Wesentlichen steuerliche Erleichterungen, vor allem Änderungen beim Einkommensteuertarif, die vollständige steuerliche Abzugsfähigkeit von Altersvorsorgeaufwendungen und die temporäre Senkung des Umsatzsteuersatzes auf Gaslieferungen nachfragestimulierend. Staatliche Mehrausgaben resultieren aus der Einführung der Strom- und Gaspreisbremse rückwirkend zum 1. Januar 2023 sowie weiterer finanzieller Hilfen zur Abfederung des Anstiegs der Energiepreise, etwa für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen. Aufgrund der Preisentwicklung an den Rohstoffmärkten dürften diese jedoch deutlich geringer ausfallen als zunächst erwartet. Jedoch wurde zu Jahresbeginn das Kindergeld deutlich angehoben, das Bürgergeld eingeführt und das Wohngeld erhöht. Schließlich dürften die zusätzlichen Verteidigungsausgaben nach und nach anlaufen.<sup>3</sup> Demgegenüber wirken im laufenden Jahr vor allem das Auslaufen Corona-bedingter Maßnahmen, zum Beispiel die finanziellen Zuschüsse an Unternehmen oder die erweiterten Regelungen zum Kurzarbeitergeld, nachfragedämpfend. Zudem entfallen finanzpolitische Maßnahmen zur Abfederung der Folgen des Verbraucherpreisanstiegs aus dem Vorjahr. Zu nennen wären in diesem Zusammenhang insbesondere die Energiepreispauschale, die temporäre Absenkung der Energiesteuer auf Benzin und Diesel, die Heizkostenzuschüsse für Geringverdiener sowie die Einmalzahlungen an Rentner. Auf der staatlichen Einnahmeseite wirken im Jahr 2023 zudem die Anhebung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar 2023, der Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung sowie die Anhebung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 1. Juli 2023 nachfragedämpfend (vgl. Tabelle A13).

Im Jahr 2024 dürfte die Finanzpolitik nach jetzigem Stand auf einen restriktiven Kurs einschwenken. Zwar wirken dann weitere Änderungen am Einkommensteuertarif nochmals entlastend, und die öffentlichen Ausgaben für die Landesverteidigung dürften weiter ausgeweitet werden. Hingegen laufen die temporären Umsatzsteuersenkungen auf Gaslieferungen und auf Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen ebenso wie die Strom- und Gaspreisbremse aus. Zudem wird die CO<sub>2</sub>-Bepreisung in den Bereichen Wärme und Verkehr zum 1. Januar 2024 wieder angehoben und

<sup>2</sup> Vgl. *Bruegel*: [Dataset. European natural gas imports](#), Brüssel, März 2023.

<sup>3</sup> Für das Jahr 2023 ist unterstellt, dass aus dem ‚Sondervermögen Bundeswehr‘ ungefähr 9 Mrd. Euro und im kommenden Jahr ungefähr 13 Mrd. Euro abfließen werden.

auf sämtliche fossilen Brennstoffe ausgeweitet. Die Beitragssätze zu den Sozialversicherungen dürften im Jahr 2024 abermals steigen. Für den durchschnittlich erhobenen Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung ist in dieser Prognose ein Anstieg von 0,7 Prozentpunkten zum 1. Januar 2024 unterstellt. Zudem wirkt die Anhebung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 1. Juli 2023 im kommenden Jahr erstmals ganzjährig. Insgesamt ergibt sich im Jahr 2024 ein restriktiver finanzpolitischer Effekt in Höhe von 0,8% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

## Abschwung, aber keine Rezession in Deutschland

Der im vergangenen Herbst für den Winter vielfach erwartete deutliche **Einbruch der deutschen Wirtschaft ist ausgeblieben**. Zwar ist das Bruttoinlandsprodukt im Schlussquartal 2022 um 0,4% gesunken, für Anfang dieses Jahres deuten Frühindikatoren aber auf einen leichten Zuwachs hin, und die Unternehmen haben die Beschäftigung bis zuletzt weiter ausgeweitet. Die Befürchtungen vom Herbst sind nicht eingetroffen, weil die Gasversorgungslage stabilisiert werden konnte, sodass die europäischen Energie- und vor allem Gaspreise drastisch von ihren damaligen Rekordwerten gefallen sind. Der Terms-of-Trade Schock für die deutsche Wirtschaft fiel damit viel milder aus als erwartet. Auf eine Rationierung von Gas konnte verzichtet werden, auch weil Unternehmen und private Haushalte ihren Verbrauch von teurer gewordenem Erdgas deutlich reduziert haben. Zudem ist nicht zuletzt wegen der raschen Installation von LNG-Terminals das Risiko einer Gaskrise für den Winter 2023/24 deutlich gesunken. Die Gas- und Strompreise für private Haushalte dürften im Schnitt in diesem Jahr niedriger oder nur wenig höher liegen als die Preise, die der Staat für 80% der vom einzelnen Haushalt zuletzt verbrauchten Menge garantiert. Und doch bleiben die **konjunkturellen Aussichten** eingetrübt: Trotz ihres Rückgangs sind die Kosten für Energie immer noch deutlich höher als vor Beginn der Gasknappheit in Europa im Sommer 2021. Im verarbeitenden Gewerbe wird deshalb zurzeit manches in der Herstellung energieintensive Gut wegen fehlender Wirtschaftlichkeit nicht in Deutschland produziert, sondern importiert. Zudem hat auch ohne Energie- und Nahrungsmittelkomponente die Inflation Anfang 2023 einen Höchststand erreicht, und die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sinken. Zur Bekämpfung der Inflation zieht die EZB die geldpolitischen Zügel kräftig an. Die höheren Finanzierungskosten verschärfen die Kostenkrise am Bau (vgl. Kasten 1). Impulse von der Nachfrage aus dem Ausland sind kaum zu erwarten, denn die Weltwirtschaft befindet sich im Abschwung. Für das Jahr 2023 besteht zwar die Chance, dass sich das Exportgeschäft mit China nach Ende der dortigen Lockdowns wieder belebt, mit den USA dürfte aber ein anderer großer Absatzmarkt für deutsche Exporteure in eine Rezession geraten.

Schon **im vierten Quartal 2022** sind die deutschen Exporte im Einklang mit dem Welthandel deutlich zurückgegangen. Dabei spielten auch die höheren Produktionskosten eine Rolle: Die Ausfuhr energieintensiver Produkte wie Chemische Erzeugnisse, Gummi und Kunststoffe, Glas und Keramik ging auch nominal zurück. Die hohe Preisdynamik führte auf der Verbraucherseite zu Realeinkommensverlusten, trotz der pauschalen Übernahme der Gasabschlagszahlung durch den Staat im Dezember. Wohl auch aufgrund von Verunsicherung senkten die privaten Haushalte ihren Konsum um einen ganzen Prozentpunkt (vgl. Tabelle A5). Die Bruttoanlageinvestitionen sanken trotz höherer Preise sowohl nominal wie real. Entstehungsseitig schlug sich die Investitionsschwäche in einem starken Rückgang der Bauproduktion nieder, und die Schwäche des Konsums in niedrigerer Wertschöpfung im Wirtschaftszweig Handel, Verkehr und Gastgewerbe. Das Verarbeitende Gewerbe wurde durch den Produktionsrückgang in den energieintensiven Bereichen, vor allem in der Chemie, ins Minus gezogen. Positiv zu Buche schlug dagegen die Ausweitung der Fahrzeugproduktion. Die Automobilbranche profitierte von der Entspannung der internationalen Lieferketten. Bemerkenswert ist, dass die Beschäftigung im vierten Quartal trotz Produktionsrückgangs deutlich zugenommen hat, und zwar in fast allen Wirtschaftszweigen einschließlich des durch den Energiepreisanstieg belasteten Verarbeitenden Gewerbes.<sup>4</sup> Allerdings ging das in Stunden gemessene Arbeitsvolumen deutlich zurück. Hier hat sich neben der konjunkturellen Komponente auch der zurzeit auffallend hohe Krankenstand niedergeschlagen.

---

<sup>4</sup> Dabei nahm die Zahl der Beschäftigten mit ukrainischer Staatsbürgerschaft um 16 400 Personen oder 12% gegenüber dem dritten Quartal 2022 zu.

**Kasten 1****Kostenkrise am Bau**

Die deutsche Bauproduktion ist im vierten Quartal mit 2,9% deutlich gesunken, die Produktion im Wohnungsbau sogar um 3,8%. Den Winter traf keine Schuld: Der Ifo-Indikator für Wetterungunst lag nur wenig über seinem langjährigen Durchschnitt, und die Geschäftserwartungen der Bauwirtschaft lassen auch für die kommenden Quartale weitere Rückgänge der Produktion erwarten. Vielmehr lässt sich eine Kostenkrise ausmachen. Seit Frühjahr 2022 sind die Kosten für Immobilienkredite von ihrem zuvor extrem niedrigen Niveau nach oben gesprungen (vgl. Abbildung K1.1). Sie sind mittlerweile auch in realer Rechnung, also unter Berücksichtigung der Inflationserwartungen, deutlich positiv. Zudem verlieren Wohnungsbauprojekte dadurch an Attraktivität, dass die Häuserpreise seit vergangenem Sommer zurückgehen, wenn auch nicht sehr stark.<sup>K1.1</sup>

**Abbildung K1.1****Effektivzinssätze für Wohnungsbaukredite an private Haushalte**

Anfängliche Zinsbindung über fünf bis zehn Jahre (Neugeschäft)

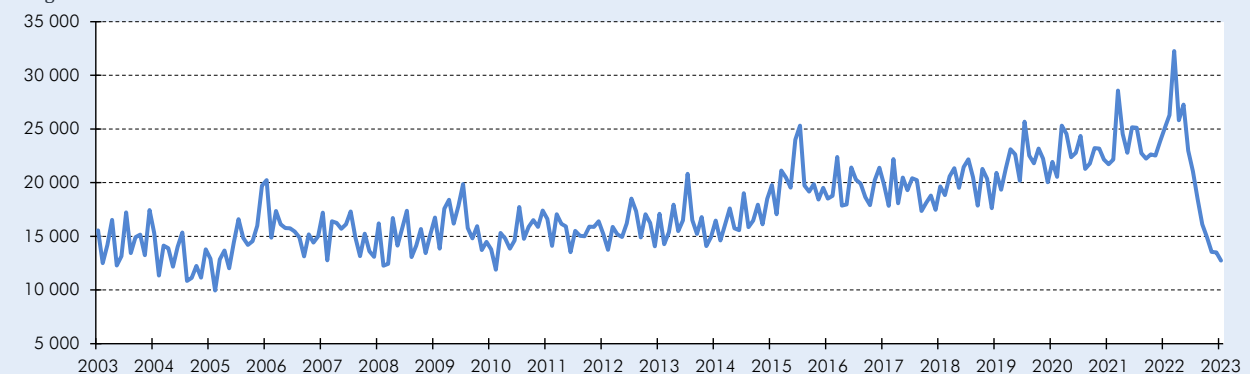


Quelle: Deutsche Bundesbank.

Massiv ist dagegen das Volumen der neu abgeschlossenen Hauskredite eingebrochen (vgl. Abbildung K1.2). Die Bautätigkeit wird durch höhere Finanzierungskosten nach Schätzungen der EZB über einen Zeitraum von etwa zwei Jahren gedämpft.<sup>K1.2</sup>

**Abbildung K1.2****Wohnungsbaukredite deutscher Banken an private Haushalte**

Neugeschäfte in Mio. Euro



Quelle: Deutsche Bundesbank.

Allerdings schrumpfen die Bauinvestitionen schon seit dem zweiten Quartal 2022, als die Immobilienkredite noch sehr günstig waren. Schon seit Anfang 2020 gibt es keinen Zuwachs, trotz des Immobilienbooms der vergangenen Jahre, der großen Wohnungsknappheit in wichtigen Ballungsgebieten und trotz der öffentlichen und privaten Bemühungen um eine energetische Sanierung des Baubestandes. Dabei wuchs die Baunachfrage in den vergangenen Jahren so dynamisch, dass die nominalen Ausgaben für Bauinvestitionen im Schlussquartal 2022 um 48% höher lagen als im Schnitt des Jahres 2017.

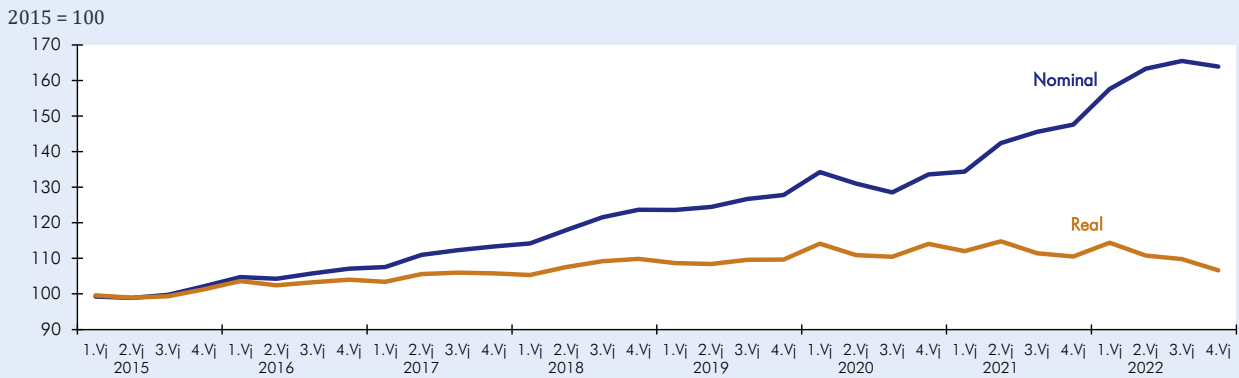
<sup>K1.1</sup> Dies besagt etwa der [Häuserpreisindex von Europace](#).

<sup>K1.2</sup> Vgl. *European Central Bank: Economic Bulletin 6/2022*, Box 4, 60–63.



Dabei wurde aber nur um 6,7% mehr gebaut (vgl. Abbildung K1.3): Die Bauwirtschaft hat an ihrer Kapazitätsgrenze produziert, und die konnte offensichtlich kaum ausgeweitet werden.

**Abbildung K1.3**  
Bauinvestitionen in Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Massiv erhöht haben sich dabei die Baupreise. Der Deflator für die Bauinvestitionen steigt schon seit etwa 2010 im Trend stärker als der des Bruttoinlandsprodukts, und die Preise für Wohnungsbauinvestitionen sind relativ zum gesamtwirtschaftlichen Preisniveau gegenwärtig über 30% höher als im Jahr 2010 (vgl. Abbildung K1.4).

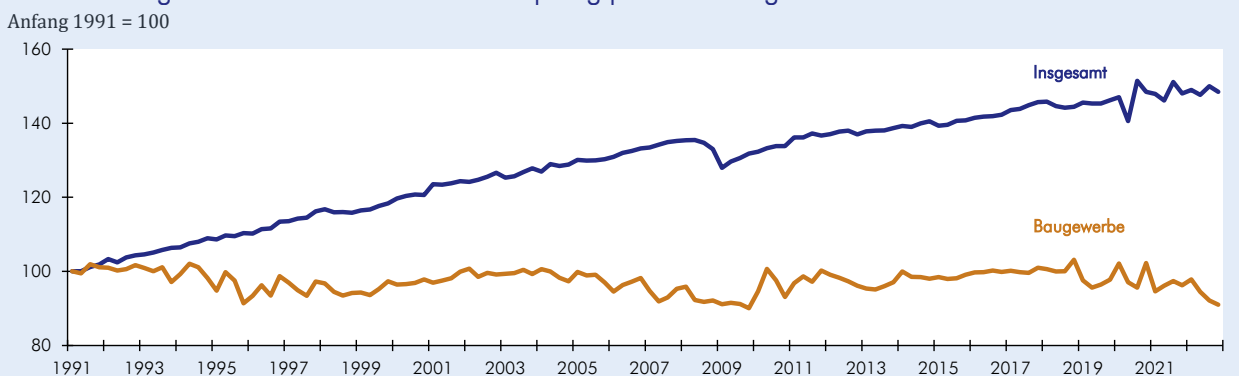
**Abbildung K1.4**  
Deflator der Wohnungsbauinvestitionen relativ zum BIP-Deflator



Quelle: Statistisches Bundesamt.

Diese Kostenexplosion spiegelt die seit Langem stagnierende und seit einigen Jahren sogar rückläufige Produktivitätsentwicklung am Bau (vgl. Abbildung K1.5) wider. Im vergangenen Jahr hat auch der starke Preisanstieg für wichtige Vorleistungsgüter wie Stahl und Bauholz zu den hohen Kosten beigetragen. Alles in allem dürften die Investoren in den vergangenen Jahren die erheblichen Mehrkosten beim Bau nur getragen haben, weil bei negativen Realzinsen praktisch keine Finanzierungskosten anfielen. Diese sind derzeit auf dem Weg der Normalisierung, die Baukosten aber nicht.

**Abbildung K1.5**  
Produktivität gemessen an der Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde

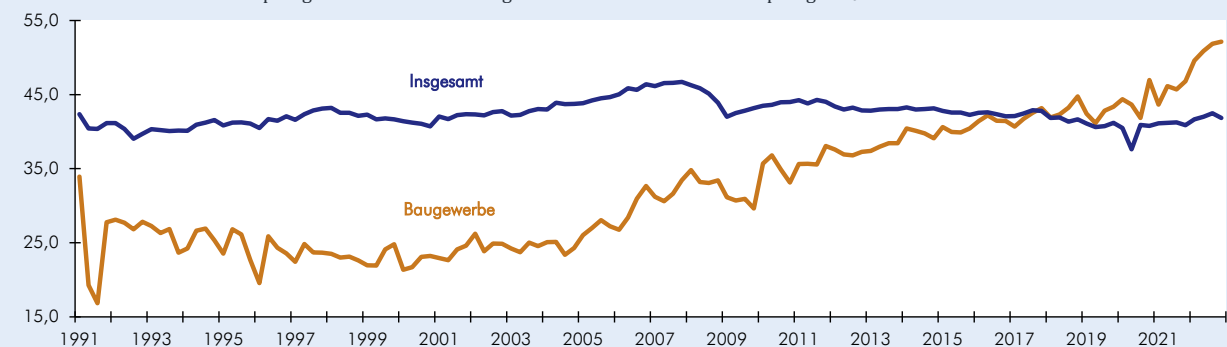


Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Die Probleme am Bau dürften die deutsche Konjunktur noch längere Zeit belasten. Wenn sich die Errichtung von Wohnimmobilien wirtschaftlich immer seltener rechnet, gibt es aber vor allem ein strukturelles Problem. Die politische Zielvorgabe des Baus von 400 000 Wohnungen pro Jahr scheint dann unerreichbar. So entstanden im Jahr 2021 noch 293 000 neue Wohnungen, und im vergangenen Jahr sind es wohl nur etwa 250 000 gewesen. Staatliche Subventionen, ob für den Sozialen Wohnungsbau, für junge Familien<sup>K1.3</sup> oder für die energetische Sanierung, werden die Lücke kaum schließen können. Auch kann Produktivitätsfortschritt am Bau nicht politisch verordnet werden. In den staatlichen Aufgabenbereich fallen dagegen Effizienzsteigerungen in der öffentlichen Verwaltung, wo etwa die Einführung digitaler Bauanträge für die Bauwirtschaft Einsparungen ermöglichen würde. Kosten würden wohl auch durch die Streichung oder zumindest deutschlandweite Standardisierung von Bauvorschriften reduziert, obwohl jede regionale Vorschrift sicher einmal aus guten Gründen eingeführt worden ist. Zudem ist die Politik für eine ausreichende Baulandausweisung verantwortlich, welche zwar nicht die Baukosten, aber die der Wohnungswirtschaft senken könnte. Schließlich dürfte das Kostenproblem am Bau auch durch mangelnden Wettbewerb verschärft werden. Auf eine Zunahme von Marktmacht in der Bauwirtschaft deutet hin, dass der Bruttobetriebsüberschuss (die Differenz aus Bruttowertschöpfung und Arbeitnehmerentgelt) in der Branche seit Längerem deutlich steigt (vgl. Abbildung K1.6)<sup>K1.4</sup>, und dass der Deflator der Bruttowertschöpfung in den vergangenen Jahren deutlich stärker zunahm als der Deflator der Bauinvestitionen oder auch als die vom Statistischen Bundesamt ermittelten Baukosten. Eine Senkung von Zugangsbarrieren könnte über erhöhte Wettbewerbsintensität die Baupreise dämpfen.

**Abbildung K1.6**  
Betriebsüberschuss

Differenz aus Bruttowertschöpfung und Arbeitnehmerentgelt relativ zur Bruttowertschöpfung in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

<sup>K1.3</sup> So ließen Hilfen beim Immobilienerwerb für Familien in Bayern vor allem die Häuserpreise steigen, die Bautätigkeit erhöhten sie aber kaum (vgl. *Krolage, C.*: The Effect of Real Estate Purchase Subsidies on Property Prices; in: *International Tax and Public Finance*, Vol. 30 (2023), 215–246).

<sup>K1.4</sup> Vgl. dazu auch *Ragnitz, J.*: Gewinninflation und Inflationsgewinner; in: *Dresden Berichtet* 5/2022, 24–28.

**Im ersten Quartal 2023** dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion wieder etwas expandieren; darauf deutet der IWH-Flashindikator hin.<sup>5</sup> Auch haben sich mit dem starken Rückgang der Energiepreise die Geschäftsaussichten der Unternehmen, wie sie etwa in den ifo-Umfragen erfasst werden, deutlich aufgehellt. Im Januar legte die Produktion insbesondere in den energieintensiven Industrien und am Bau wieder deutlich zu, im Produzierenden Gewerbe insgesamt lag sie über dem Durchschnitt der vorigen drei Monate. Der Einzelhandel war allerdings auch im Januar weiter rückläufig. Ab März beginnt die Gas- und Strompreisbremse zu wirken: Haushalte, die höhere Energiekosten zu tragen haben, werden rückwirkend zum 1. Januar 2023 entlastet. Allerdings ist die Kernrate, also die **Verbraucherpreis-inflation** ohne die Komponenten Energie und Nahrungsmittel, bis zuletzt gestiegen (auf 5,6% im Januar, bei 8,7% für

<sup>5</sup> Vgl. *Heinisch, K.; Holtemöller, O.; Lindner, A.; Schultz, B.*: *IWH-Flash-Indikator I. und II. Quartal 2023*. Halle (Saale), 14.02.2023.

den allumfassenden Verbraucherpreisindex). Sie wird ab März nur allmählich zurückgehen, auch weil die Unternehmen steigende Lohnkosten an ihre Kunden weitergeben dürften (vgl. Abbildung 4). Noch für das Ende des Prognosezeitraums im Dezember 2024 ist mit einer Kernrate von etwa 2½% zu rechnen.

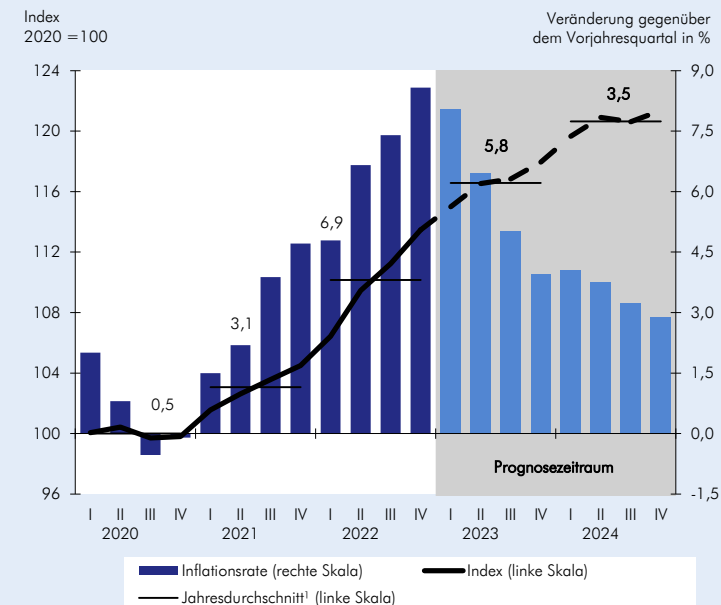
Im vergangenen Jahr sind die **Löhne** real deutlich gesunken. Während der Deflator des privaten Konsums um 6,9% zulegte, betrug der Tariflohnanstieg nur 2,2%. Allerdings legten die Effektivlöhne um 4,7% zu, auch weil der Mindestlohn kräftig angehoben wurde, vor allem aber aufgrund der Knappheit an Arbeitskräften, die auch im Prognosezeitraum anhalten wird. So nahm die Beschäftigung im Januar 2023 nochmals zu (überraschend kräftig um 64 000 Personen), ebenso wie die Zahl der offenen Stellen. Im Jahr 2023 werden nun auch die Tariflöhne deutlich anziehen. Darauf deuten etwa laufende Tarifverhandlungen hin, in denen die Gewerkschaften hohe Lohnsteigerungen fordern.<sup>6</sup> Die Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten dürften in diesem Jahr um 5,0% steigen, 0,4 Prozentpunkte langsamer als die Konsumentenpreise gemessen am Deflator, die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte gehen abermals zurück, und mit ihnen ein Stück weit der private Konsum.

Das Volumen der **Bruttoanlageinvestitionen** dürfte dagegen im Jahr 2023 niedriger sein als im Vorjahr. Zwar haben die Anspannung an den Energiemärkten und die Unsicherheit bezüglich der Energiekosten zuletzt nachgegeben, die Lieferengpässe verlieren weiter an Bedeutung und der Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe ist weiter recht hoch. Die Bestellungen waren in den letzten Monaten eher verhalten, auch wenn die Auftragseingänge bei den Produzenten von Investitionsgütern zum Jahresstart wieder etwas zugelegt haben. Vor allem ist aber die Bereitschaft, Bauinvestitionen zu tätigen, zuletzt deutlich gesunken. Der Grund sind massiv gestiegene Kosten, sowohl beim Bau selbst als auch bei der Finanzierung aufgrund der höheren Zinsen. Gestützt wird die Bauwirtschaft allerdings durch die öffentlichen Projekte energetischer Sanierung und den Bau weiterer LNG-Terminals. Zu den Ausrüstungsinvestitionen zählen auch Investitionen in Material und Ausrüstung für die Verteidigung, die im Umfang 8,4 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen Bundeswehr genommen werden sollen.

**Alles in allem** dürfte die Bruttowertschöpfung im ersten Halbjahr 2023 geringfügig zurückgehen und das Bruttoinlandsprodukt stagnieren. Im zweiten Halbjahr, wenn Lieferengpässe als wesentliches Hindernis für eine Produktionsausweitung wegfallen und die dämpfenden Wirkungen des Energiepreisschocks aus dem Jahr 2022 nachlassen, belebt sich die Konjunktur wieder. Für das Gesamtjahr 2023 ergibt sich ein Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 0,4% (vgl. Tabelle in der Zusammenfassung), für das Jahr 2024 vom 1,9%. Die Kapazitäten sind im Jahr 2023 um 1% unterausgelastet, im Verlauf des Jahres 2024 schließt sich die Lücke (vgl. Tabelle A7 sowie Kasten 2).

**Abbildung 4**  
Verbraucherpreise in Deutschland

Ursprungswerte



<sup>1</sup> Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab 1. Quartal 2023: Prognose des IWH.

<sup>6</sup> Für den Öffentlichen Dienst wird eine durchschnittliche Tariflohnsteigerung je 3,5% für die Jahre 2023 und 2024 angenommen.

**Kasten 2****Zur Schätzung des Produktionspotenzials**

Das IWH greift zur Bestimmung des Produktionspotenzials auf die Methode zurück, die auch von der EU-Kommission im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung angewendet wird. Unter Anwendung dieser Methode ergibt sich für den Projektionszeitraum bis 2027 ein jahresdurchschnittlicher Zuwachs des Produktionspotenzials von 0,9% (vgl. Tabelle K2).

Die Einschätzung der Bevölkerungsentwicklung orientiert sich an der Variante W2-G2-L2 der Anfang Dezember 2022 vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten 15. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, welcher moderate Annahmen zu Wanderung, Geburtenrate und dem Anstieg der Lebenserwartung zugrunde liegen. In der vorliegenden Projektion wird der Wanderungssaldo geringfügig angepasst. Dabei werden aktuelle Daten zur Wanderung sowie der Zahl beantragter Aufenthaltstitel berücksichtigt und die Migrationsbewegung aus der Ukraine explizit als Sondereffekt betrachtet. Die in der Bevölkerungsvorausberechnung unterstellte kontinuierliche Rückführung des Wanderungssaldos auf 250 000 Personen im Jahr 2033 wird daher nur auf die übrige Wanderung angewandt. Der Wanderungssaldo belief sich im vergangenen Jahr auf 1,4 Millionen (davon 962 000 aus der Ukraine) und in diesem Jahr auf 608 000 (davon 150 000 Ukrainer). Ab dem Jahr 2024 ist keine Nettozuwanderung aus der Ukraine unterstellt, die übrige Zuwanderung geht von 438 000 schrittweise zurück.

**Tabelle K2****Produktionspotenzial und seine Determinanten nach EU-Methode**Jahresdurchschnittliche Veränderung in %<sup>1</sup>

	1996 bis 2021 <sup>2</sup>		1996 bis 2021		2021 bis 2027	
Produktionspotenzial	1,3		1,3		0,9	
Kapitalstock	1,5	(0,5)	1,5	(0,5)	1,1	(0,4)
Solow-Residuum	0,6	(0,6)	0,6	(0,6)	0,6	(0,6)
Arbeitsvolumen	0,2	(0,1)	0,2	(0,1)	-0,1	(0,0)
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	0,0		0,0		0,2	
Partizipationsquote	0,5		0,5		0,2	
Erwerbsquote	0,2		0,2		-0,1	
Durchschnittliche Arbeitszeit	-0,5		-0,5		-0,3	
Nachrichtlich:						
Arbeitsproduktivität	1,1		1,1		1,0	

<sup>1</sup> Differenzen in den aggregierten Werten ergeben sich durch Rundung. In Klammern: Wachstumsbeiträge. – <sup>2</sup> Tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Determinanten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Darüber hinaus werden für die Geflüchteten aus der Ukraine weitere Annahmen getroffen. So wird hinsichtlich der Altersstruktur angenommen, dass der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter (15–74 Jahre) 60% beträgt. Ihre Partizipationsquote steigt über den gesamten Projektionszeitraum von 47% auf 70%.

Unter diesen Annahmen wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15–74 Jahre) zunächst noch leicht zunehmen und erst ab dem Jahr 2025 im Zuge der Alterung allmählich sinken. Über den gesamten Zeithorizont nimmt sie um knapp 400 000 Personen auf 63,1 Millionen im Jahr 2027 zu. Dabei wird die Partizipation aufgrund der zunächst niedrigen Beteiligung ukrainischer Flüchtlinge leicht zurückgehen und erst ab dem Jahr 2025 wieder zunehmen. Die trendmäßige Partizipationsquote wird über den gesamten Projektionszeitraum von 74,7% auf 75,5% steigen.

Die strukturelle Erwerbslosenquote (NAWRU) wird im Jahr 2027 methodenbedingt mit 3,4% etwas höher liegen als im Jahr 2022 (2,8%).

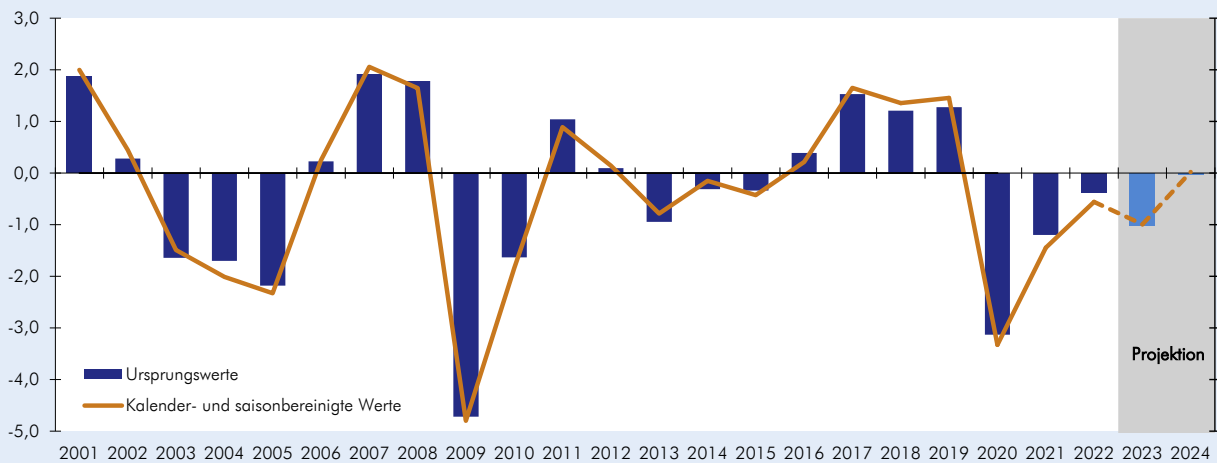
Die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer geht in der kurzen Frist leicht zurück. Ab dem Jahr 2025 wird sie mit Hilfe eines Zeitreihenmodells fortgeschrieben, wobei die außerordentlich niedrige Arbeitszeit im Jahr 2020 als Sondereffekt berücksichtigt wird. Der Rückgang der trendmäßigen Arbeitszeit je Erwerbstätigen verläuft zunächst schneller. Erst gegen Ende des Projektionszeitraums nimmt sie wieder langsamer ab. Über den gesamten Zeitraum sinkt die im Jahr geleistete Arbeitszeit um etwa 21 Stunden. Alles in allem wird das potenzielle Arbeitsvolumen infolge der hohen Nettozuwanderung zunächst zunehmen und erst ab dem Jahr 2024 abnehmen. In der mittleren Frist dämpfen bis auf die ansteigende Partizipationsrate alle Faktoren. Über den gesamten Projektions-

zeitraum bleibt das potenzielle Arbeitsvolumen jahresdurchschnittlich nahezu konstant und hat damit keinen Effekt auf das Potenzialwachstum.

Der Kapitalstock, der auf Basis der Prognose der Bruttoanlageinvestitionen und der Abgangsquote fortgeschrieben wird, wird der Projektion zufolge um durchschnittlich 1,1% pro Jahr ausgeweitet werden und damit 0,4 Prozentpunkte zum Potenzialwachstum beitragen. Für die Abgangsquote wurde dabei der Wert des Jahres 2019 angenommen (2,4%). Nach EU-Methode wird sie jeweils mit dem letzten verfügbaren Wert fortgeschrieben; dieser ist jedoch aufgrund der hohen Abgänge im Zusammenhang mit der Flutkatastrophe 2021 außergewöhnlich hoch (2,6%), während die Abgangsquote im Jahr 2020 pandemiebedingt verzerrt gewesen sein könnte.

**Abbildung K2**  
Produktionslücke

In Relation zum Produktionspotenzial in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Der jahresdurchschnittliche Zuwachs der trendmäßigen TFP wird im Projektionszeitraum 0,6% betragen. Hierbei wird, wie auch bei den zuvor beschriebenen Bestimmungsfaktoren des Produktionspotenzials, davon ausgegangen, dass es keinen durch die Corona-Pandemie bedingten Bruch in der Trendfortschreibung gibt.

Auf Basis der Schätzung des Produktionspotenzials und der Prognose des Bruttoinlandsproduktes ergibt sich damit für dieses Jahr eine Produktionslücke von -1,0%. Im Durchschnitt des Jahres 2024 ist sie geschlossen (vgl. Abbildung K2).

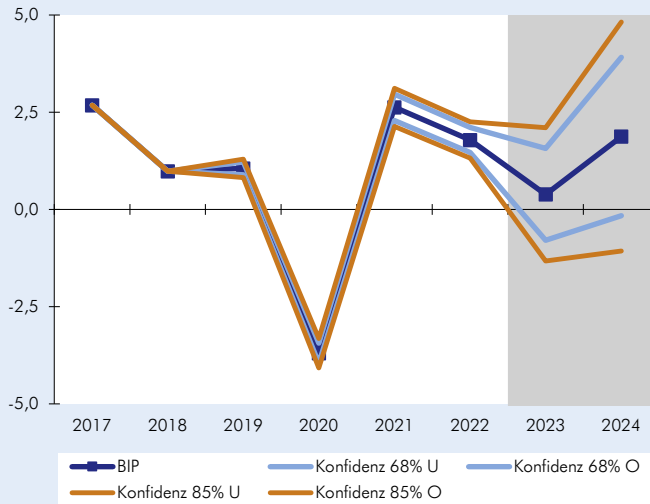
Für das Jahr 2023 reicht das 68%-Prognoseintervall beim Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes von -0,8% bis 1,6% und für 2024 von -0,2% bis 3,9% (vgl. Abbildung 5).<sup>7</sup> Die Erwerbstätigkeit dürfte in 2023 um 0,6% und 2024 um 0,1% zulegen und die Arbeitslosenquote in beiden Prognosejahren 5,4% betragen. Für das Jahr 2023 ist bei der hier unterstellten Preisentwicklung für Erdgas und Erdöl mit einer Inflationsrate für den Verbraucherpreisindex von 5,8% und für 2024 mit 3,5% zu rechnen. Der Leistungsbilanzsaldo der deutschen Volkswirtschaft hat im Jahr 2022 wohl 3,8% betragen, für dieses Jahr ist mit 5,7% und für das Jahr 2024 mit 6,4% zu rechnen.

Die im internationalen Teil für die Weltkonjunktur beschriebenen Risiken gelten auch für Deutschland. Manche gelten dabei für die deutsche Volkswirtschaft in besonderem Maße. So ist hierzulande die Gefährdung der Energieversorgung nach wie vor besonders hoch, weil ein großer Teil der Energieträger importiert werden muss und weil die Ländergruppe der Europäischen Union kein neutraler Zuschauer des russischen Angriffskriegs ist. Auch das zweite große geopolitische Risiko ist für Deutschland besonders kritisch: Ein Bruch Chinas mit dem Westen, würde er sich auch auf die Wirtschaft erstrecken, hätte für Deutschland wesentlich gravierendere Konsequenzen als der Bruch mit Russland,

<sup>7</sup> Zur Berechnung werden die Prognosefehler des IWH für den Zuwachs aus der Vergangenheit herangezogen.

**Abbildung 5****Prognoseunsicherheit<sup>1</sup>**

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



<sup>1</sup> Zur Berechnung werden die Prognosefehler der Vergangenheit herangezogen, d. h. die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken – wie der Coronakrise – ist höher als hier angegeben.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

denn die Handelsbeziehungen mit China sind umfangreicher und ungleich komplexer. Es ist nicht denkbar, dass in annähernd so kurzer Zeit Ersatzpartner für China gefunden würden, wie das im Fall Russlands gelungen ist.

Der **gesamtstaatliche Haushalt** schloss im Jahr 2022 mit einem Finanzierungsdefizit von gut 100 Mrd. Euro bzw. 2,6% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt ab, das strukturelle Defizit betrug 2,2%. Im laufenden Jahr dürfte das Haushaltsdefizit zurückgehen, weil die Ausgaben des Staates deutlich langsamer expandieren werden als die Einnahmen.

Auf der Einnahmeseite legen die Steuern zwar deutlich verhaltener zu als noch im Jahr zuvor. Obwohl Bruttolöhne und -gehälter kräftig expandieren, wirkt bei der Lohnsteuer vor allem das Inflationsausgleichsgesetz einnahmемindernd. Bei den gewinnabhängigen Steuern dämpfen die geringe Expansion der Unternehmens- und Vermögenseinkommen im Vorjahr ebenso wie

steuerliche Maßnahmen das Aufkommen. Auch die Verbrauchsteuern nehmen aufgrund der verhaltenen Zunahme der Binnennachfrage und steuerlicher Entlastungen, etwa der temporären Senkung der Umsatzsteuersätze in der Gastronomie und auf Erdgas, geringfügig zu. Deutlich stärker expandieren im Jahr 2023 aber die Sozialbeiträge. Hier wirken neben der kräftigen Expansion der Bruttolöhne und -gehälter Anhebungen der Beitragssätze zur Arbeitslosen- und Pflegeversicherung und der Anstieg des durchschnittlich erhobenen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung einnahmestärkernd. Alles in allem werden die Einnahmen des Staates im Jahr 2023 um 3,6% zunehmen.

Der Zuwachs der öffentlichen Ausgaben wird sich im Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr deutlich verlangsamen. Die staatlichen Vorleistungskäufe, insbesondere aber die sozialen Sachleistungen dürften mit dem Entfall Corona-bedingter Mehrausgaben schwächer zulegen. Die sonstigen laufenden Transfers, in denen im vergangenen Jahr die Energiepreispauschalen für Erwerbstätige und Rentner verbucht wurden, gehen im laufenden Jahr sogar zurück, ebenso wie die geleisteten Vermögenstransfers, die im Vorjahr durch die Maßnahmen zur Rettung von Energieversorgungsunternehmen überzeichnet waren. Gleiches gilt für die Subventionen. So gehen einerseits die Unternehmenshilfen zur Abfederung der Folgen der staatlich verordneten, pandemiebedingten Beschränkungen zurück, andererseits dürften aus dem Abweherschirm zur Eindämmung der Verbraucherpreisinflation aufgrund der Preisentwicklung an den Rohstoffmärkten mit 12 Mrd. Euro nur relativ wenig Mittel abfließen. Spürbar zunehmen dürften hingegen die Zinsausgaben des Staates sowie die monetären Sozialleistungen. Bei Letzteren wirkt einerseits die spürbare Rentenanpassung zum 1. Juli 2022 nach, zum anderen führen diskretionäre finanzpolitische Maßnahmen wie die Einführung des Bürgergeldes, Änderungen beim Wohngeld und beim BAföG und die deutliche Erhöhung des Kindergeldes zu Mehrausgaben. Alles in allem nehmen die Ausgaben des Staates im Jahr 2023 um 1,5% zu. Das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit sinkt auf –1,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Im Jahr 2024 nehmen die Einnahmen des Staates beschleunigt zu. Die Steuereinnahmen expandieren wieder kräftiger. Zwar legen Bruttolöhne und -gehälter im kommenden Jahr mit einer etwas geringeren Rate zu als im Jahr zuvor, bei der Lohnsteuer und den Steuern vom Umsatz wirken diskretionäre Maßnahmen aber weniger einnahmемindernd. Die Unternehmensgewinne nehmen im Jahr 2024 wieder stärker zu, zudem führt die Übergewinnsteuer bei den gewinnabhängigen Steuern zu Mehreinnahmen. Die Sozialbeiträge legen aufgrund weiter steigender Beitragssätze beschleunigt zu. Während die gesamtstaatlichen Einnahmen im Jahr 2024 um 5,7% expandieren, nehmen die öffentlichen Ausgaben mit 3,0% deutlich verhaltener zu. So werden die monetären Sozialleistungen weniger stark ausge-

weitet, weil die Rentenanpassung in den Jahren 2023 und 2024 geringer ausfällt und annahmegemäß keine zusätzlichen sozialpolitischen Maßnahmen in Kraft treten. Subventionen und geleistete Vermögenstransfers gehen mit dem Wegfall temporärer Maßnahmen zur Abfederung der Folgen des Energiepreisanstiegs für private Haushalte und Unternehmen erneut zurück. Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo beläuft sich im Jahr 2024 auf  $-0,3\%$  in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Der strukturelle Finanzierungssaldo erhöht sich von  $-1,0\%$  in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2023 auf  $-0,3\%$  im Jahr 2024 (vgl. Tabelle). Die Schuldenstandsquote verringert sich von  $67\%$  in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2022 auf  $61\%$  im Jahr 2024.

### Tabelle

#### Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates

in Milliarden Euro

	2021	2022	2023	2024
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	-134,3	-101,3	-63,8	-15,0
– Konjunkturkomponente <sup>1</sup>	-22,0	-7,5	-21,3	-0,6
= Konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	-112,2	-93,8	-42,5	-14,4
– Einmaleffekte <sup>2</sup>	-4,2	-8,5	0,0	0,0
= Struktureller Finanzierungssaldo	-108,0	-85,3	-42,5	-14,4
+ Zinsausgaben des Staates	20,8	26,1	33,5	36,3
= Struktureller Primärsaldo	-87,2	-59,2	-8,9	21,9
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	-16,6	28,0	50,3	30,8
<i>Nachrichtlich:</i>	<i>In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %</i>			
Struktureller Finanzierungssaldo	-3,0	-2,2	-1,0	-0,3
struktureller Primärsaldo	-2,4	-1,5	-0,2	0,5
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	-0,3	0,9	1,3	0,7

<sup>1</sup> Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,504. – <sup>2</sup> Abwicklung der HSH Nordbank, Gerichtsurteile, Bußgeldzahlungen im Zusammenhang mit manipulierten Abgaswerten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

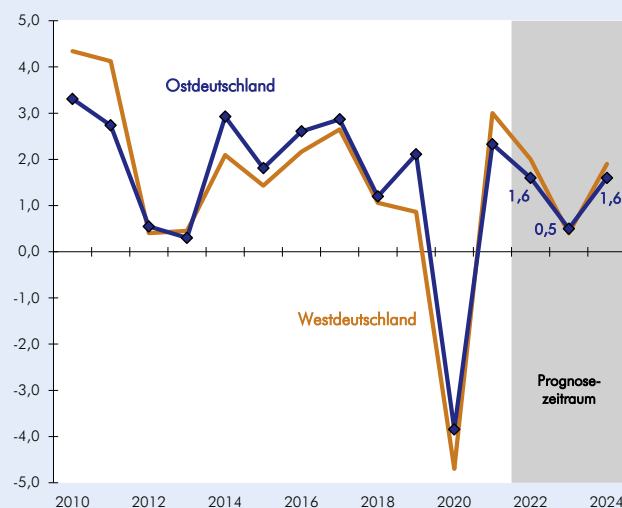
Das Jahr 2022 war für das Produzierende Gewerbe in **Ostdeutschland** schwieriger als im Westen. Darauf deutet die regionale Entwicklung der Umsätze hin. Hintergrund ist, dass die im Osten besonders wichtige Produktion von Vorleistungsgütern deutlich zurückging, während die Produktion von Kapitalgütern mit ihrem Schwerpunkt im Westen zulegte. Anders sieht es bei den Dienstleistungen aus. So ist nach Befragungen für den ifo Geschäftsklimaindex die Lagebeurteilung der ostdeutschen Einzelhändler etwas günstiger als die in Westdeutschland. Grund dürfte die (wenngleich auf niedrigerem Niveau) günstigere Einkommensentwicklung sein, denn zum einen steigen die gesetzlichen Renten noch bis zum Jahr 2024 jährlich um 0,7 Prozentpunkte stärker als im Westen, zum anderen profitieren besonders viele Ostdeutsche von der deutlichen Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro pro Stunde im vergangenen Oktober. Darüber hinaus steigen die Löhne und Gehälter je Beschäftigten seit etwa zehn Jahren im Trend spürbar stärker als im Westen. Im Jahr 2023 wird die Produktion im Osten wie in Deutschland insgesamt nur geringfügig zunehmen. Stabilisierend wirkt wie üblich in Abschwungjahren das größere Gewicht des öffentlichen Sektors in Ostdeutschland (vgl. Abbildung 6). Alles in allem

wird die Produktion in Ostdeutschland im Jahr 2022 um 1,6% und damit wohl etwas langsamer zugelegt haben als die in Deutschland insgesamt (1,8%). In diesem Jahr dürfte die ostdeutsche Expansionsrate mit 0,5% ein wenig höher ausfallen als die deutsche (0,4%). Für 2024 wird wieder ein Zuwachs von 1,6% prognostiziert (Deutschland: 1,9%).

Abbildung 6

#### Das reale Bruttoinlandsprodukt in Ost- und Westdeutschland

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“; Statistisches Bundesamt; Berechnungen und ab 2022 Prognose des IWH.

## Anhang

Tabelle A1

## Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht t (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt <sup>1</sup>				Verbraucherpreise <sup>1</sup>				Arbeitslosenquote <sup>2</sup>			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024
Europa	28,5	5,7	3,2	0,6	1,7	3,5	11,1	7,5	4,2				
EU 27	20,2	5,3	3,6	0,9	1,8	2,8	8,8	6,1	2,9	7,0	6,1	6,0	5,7
Großbritannien	3,7	7,4	4,1	-0,3	1,2	2,6	9,1	7,5	3,0	4,5	3,7	4,3	4,6
Schweiz	0,9	4,2	2,1	0,7	1,6	0,6	2,8	2,2	1,3	5,1	4,3	4,5	4,3
Norwegen	0,6	3,9	3,2	1,7	1,7	3,5	5,8	4,5	2,3	4,4	3,2	3,4	3,4
Russland	2,1	4,7	-2,1	-1,1	1,0	6,7	13,8	9,0	8,0				
Türkei	1,0	11,4	5,4	2,5	3,0	19,6	72,3	40,0	30,0				
Amerika	34,3	5,8	2,4	1,2	1,9								
USA	27,0	6,0	2,1	1,3	1,6	4,7	8,0	4,2	1,9	5,4	3,6	4,0	4,2
Kanada	2,3	4,5	3,4	1,0	1,6	3,4	6,8	3,9	2,3	7,4	5,3	5,5	5,3
Lateinamerika <sup>3</sup>	5,0	6,8	3,5	1,1	1,9								
Asien	37,2	6,5	3,2	4,0	4,2								
Japan	5,8	1,7	1,0	1,1	1,4	-0,2	2,5	2,4	1,6	2,8	2,5	2,4	1,7
China ohne Hongkong	20,8	8,1	3,0	4,8	4,8								
Südkorea	2,1	4,1	2,6	1,0	2,5	2,5	5,1	3,5	2,3	3,7	2,9	3,4	3,3
Indien	3,7	8,7	6,6	5,8	6,7								
Ostasien ohne China <sup>4</sup>	4,7	4,8	4,2	3,6	4,0								
Insgesamt <sup>5</sup>	100,0	6,0	2,9	2,1	2,7								
fortgeschrittene Volkswirtschaften <sup>6</sup>	64,5	5,2	2,6	1,0	1,8	3,3	5,9	3,8	2,2	5,6	4,6	4,6	4,4
Schwellenländer <sup>7</sup>	35,5	7,5	3,4	3,9	4,3								
<i>nachrichtlich:</i>													
Exportgewichtet <sup>8</sup>	-	6,0	3,5	1,3	2,2								
gewichtet nach Kaufkraftparitäten <sup>9</sup>	-	6,3	3,2	2,4	3,1								
Welthandel <sup>10</sup>	-	10,3	3,2	0,5	2,3								

<sup>1</sup> Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2021 in US-Dollar.

<sup>2</sup> Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2021.

<sup>3</sup> Brasilien, Mexiko, Argentinien, Peru, Kolumbien, Chile.

<sup>4</sup> Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas).

<sup>5</sup> Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2021 in US-Dollar.

<sup>6</sup> EU 27, Großbritannien, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur.

<sup>7</sup> Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika.

<sup>8</sup> Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2021.

<sup>9</sup> Kaufkraftparitäten aus: IMF, World Economic Outlook, Oktober 2021.

<sup>10</sup> Realer Güterhandel. Wert für 2021 von CPB.

Quellen: IWF; OECD; CPB; ILO; 2023 und 2024: Prognose des IWH.



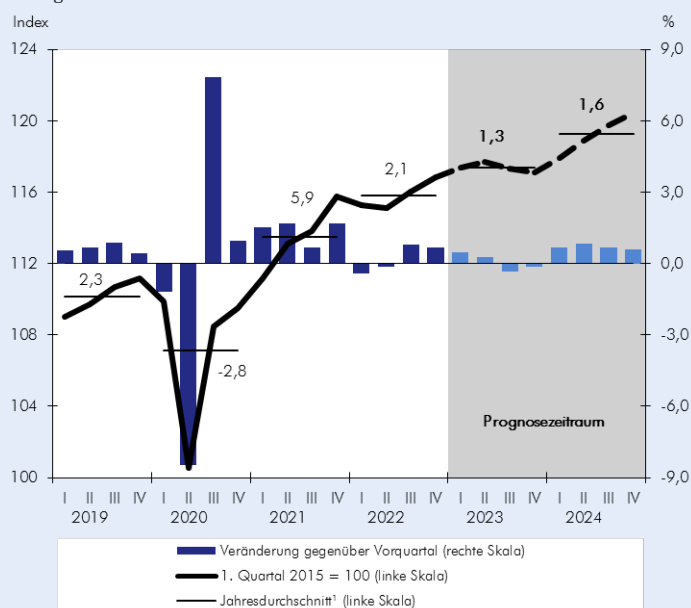
**Tabelle A2**  
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2021	2022	2023	2024
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	6,0	2,1	1,3	1,6
privater Konsum	8,3	2,8	1,7	1,0
Staatskonsum und -investitionen	0,6	-0,6	1,8	1,3
private Bruttoanlageinvestitionen	7,5	-0,2	-4,1	3,5
Vorratsveränderungen <sup>1</sup>	0,2	0,7	0,2	0,3
inländische Verwendung	7,0	2,4	1,5	1,8
Exporte	6,1	7,2	4,8	1,9
Importe	14,1	8,2	0,9	2,9
Außenbeitrag <sup>1</sup>	-1,3	-0,4	-0,2	-0,2
Verbraucherpreise	4,7	8,0	4,2	1,9
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo <sup>2</sup>	-10,9	-4,0	-5,9	-6,0
Leistungsbilanzsaldo	-3,6	-4,0	-4,1	-4,0
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote	5,4	3,6	4,0	4,2

<sup>1</sup> Wachstumsbeitrag. – <sup>2</sup> Gesamtstaat.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Bureau of Labor Statistics; IWF; 2023 und 2024: Prognose des IWH.

**Abbildung A1**  
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA  
saisonbereinigter Verlauf



<sup>1</sup> Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2023: Prognose des IWH.

**Tabelle A3**

**Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum**

	2021	2022	2023	2024
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	5,3	3,5	0,9	1,7
privater Konsum	3,7	4,3	-0,4	1,5
öffentlicher Konsum	4,3	1,1	0,6	1,3
Bruttoanlageinvestitionen	3,8	3,7	0,3	3,4
inländische Verwendung	4,2	3,7	0,0	1,9
Exporte <sup>1</sup>	10,6	7,0	2,2	3,6
Importe <sup>1</sup>	8,4	7,9	0,9	4,0
Außenbeitrag <sup>2</sup>	1,3	-0,1	0,0	0,0
Verbraucherpreise <sup>3</sup>	2,6	8,4	5,6	2,7
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Budgetsaldo <sup>4</sup>	-5,1	-3,4	-3,7	-2,6
Leistungsbilanzsaldo	2,3	-0,8	2,1	1,9
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote <sup>5</sup>	7,7	6,7	6,5	6,2

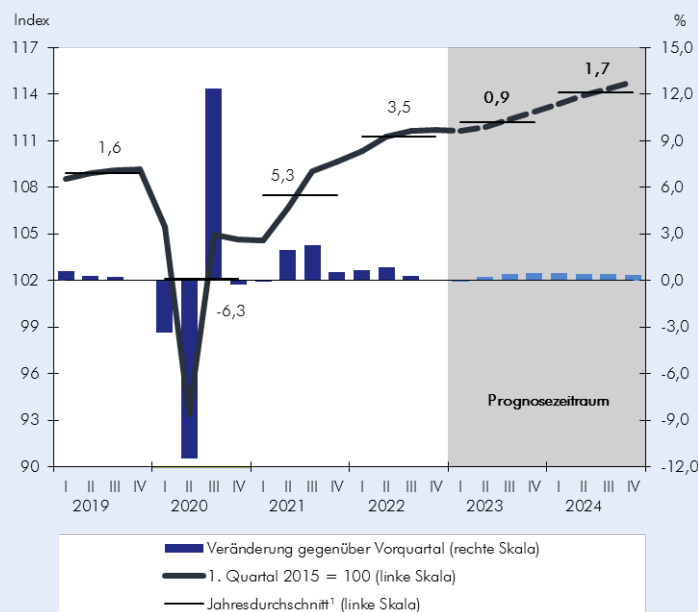
<sup>1</sup> Einschließlich Intrahandel. – <sup>2</sup> Wachstumsbeitrag. – <sup>3</sup> Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – <sup>4</sup> Gesamtstaatlich. – <sup>5</sup> Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Europäische Kommission, ILO; Berechnungen des IWH; 2023 und 2024: Prognose des IWH.

**Abbildung A2**

**Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum**

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



<sup>1</sup> Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2023: Prognose des IWH.

**Tabelle A4****Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa**

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt <sup>1</sup>				Verbraucherpreise <sup>2</sup>				Arbeitslosenquote <sup>3</sup>			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024
Deutschland	24,8	2,6	1,9	0,6	1,9	3,2	8,6	5,7	3,1	3,6	3,1	3,0	2,9
Frankreich	17,2	6,8	2,6	0,7	1,4	2,1	5,9	5,3	2,3	7,9	7,3	7,1	7,0
Italien	12,2	7,0	3,8	0,7	0,9	2,0	8,7	6,8	2,7	9,6	8,1	7,7	7,4
Spanien	8,3	5,5	5,5	1,4	2,0	3,0	8,3	3,9	2,5	14,8	12,9	12,9	12,2
Niederlande	5,9	4,9	4,5	0,9	1,6	2,8	11,6	5,0	2,9	4,2	3,5	3,3	3,0
Belgien	3,5	6,1	3,1	0,9	1,3	3,2	10,3	4,5	2,9	6,3	5,6	5,3	5,0
Irland	2,9	13,4	12,2	4,2	3,4	2,5	8,1	5,8	2,5	6,3	4,5	3,9	3,4
Österreich	2,8	4,7	5,0	0,8	1,7	2,8	8,6	6,2	2,8	6,2	4,8	5,2	5,2
Finnland	1,7	3,0	2,0	-0,3	1,8	2,1	7,2	5,0	2,5	7,7	6,8	7,0	7,1
Portugal	1,5	5,5	6,7	1,0	1,8	0,9	8,1	5,3	2,7	6,6	6,0	6,2	6,0
Griechenland	1,3	8,1	6,1	0,8	2,2	0,6	9,3	4,3	2,5	14,8	12,5	11,1	10,0
Slowakei	0,7	3,0	1,7	1,3	2,5	2,8	12,1	10,0	4,5	6,8	6,1	5,8	5,4
Luxemburg	0,5	5,1	2,2	2,0	2,3	3,5	8,1	4,5	2,5	5,4	4,5	4,7	4,7
Kroatien	0,4	12,7	6,4	1,7	2,8	2,7	10,7	7,5	3,0	7,7	6,8	5,5	4,3
Litauen	0,4	5,9	1,9	0,6	2,9	4,6	18,8	10,1	3,0	7,1	5,9	5,9	5,4
Slowenien	0,4	8,3	5,7	1,0	2,5	2,0	9,3	6,2	3,4	4,8	4,0	2,9	2,4
Lettland	0,2	3,8	2,0	0,3	3,2	3,3	17,1	11,1	3,3	7,6	6,9	6,6	6,1
Estland	0,2	8,0	-0,3	-0,2	4,0	4,5	19,4	9,2	3,1	6,2	5,6	5,0	4,1
Zypern	0,2	6,6	5,6	2,6	2,8	2,3	8,1	4,6	2,8	7,5	6,8	6,6	5,8
Malta	0,1	11,7	6,5	3,1	3,2	0,7	6,1	4,8	2,9	3,4	2,9	2,7	2,6
Euroraum insgesamt	85,2	5,3	3,5	0,9	1,7	2,6	8,4	5,6	2,7	7,7	6,7	6,5	6,2
Euroraum ohne Deutschland	60,4	6,5	4,2	1,0	1,6	2,4	8,3	5,5	2,6	9,2	7,5	7,3	7,0
Polen	4,0	6,7	5,4	1,2	3,1	5,2	13,2	11,7	5,5	3,4	2,9	2,8	2,5
Schweden	3,7	5,2	2,7	-0,7	1,9	2,7	8,0	7,1	3,0	8,8	7,5	7,5	7,5
Dänemark	2,3	4,9	3,6	1,0	1,7	2,0	8,5	4,3	2,5	5,1	4,5	4,5	4,3
Rumänien	1,7	5,9	4,5	2,6	3,1	4,1	12,0	8,4	5,3	5,6	5,6	5,5	5,3
Tschechien	1,6	3,5	2,4	0,1	2,0	3,3	14,8	9,8	3,2	2,8	2,4	2,6	2,7
Ungarn	1,1	7,1	4,6	0,4	2,8	5,2	15,2	17,5	5,3	4,0	3,6	3,6	3,4
Bulgarien	0,5	7,1	3,7	1,4	2,8	2,9	13,0	7,5	3,5	5,3	4,3	3,4	2,2
MOE-Länder <sup>4</sup>	100,0	5,3	3,6	0,9	1,8	2,8	8,8	6,1	2,9	7,0	6,1	6,0	5,7
EU 27 <sup>5</sup>	11,0	6,1	4,2	1,1	2,8	4,2	13,6	10,8	4,6	4,5	4,0	3,8	3,5

<sup>1</sup> Die Zuwachsraten sind um Kalendereffekte bereinigt.<sup>2</sup> Harmonisierter Verbraucherpreisindex.<sup>3</sup> Standardisiert.<sup>4</sup> Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Kroatien, Litauen, Slowenien, Lettland, Estland, Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn, Bulgarien.<sup>5</sup> Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2021 in US-Dollar. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbsspersonen von 2021.

Quellen: Eurostat; IWF; ILO; Berechnungen des IWH; 2023 und 2024: Prognose des IWH.

**Tabelle A5****Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung<sup>1</sup>**

Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal

	2022				2023				2024			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
private Konsumausgaben	0,7	0,6	0,7	-1,0	-0,7	0,6	0,4	0,8	0,6	0,6	0,4	0,4
öffentlicher Konsum	0,6	0,5	-1,2	0,6	0,0	0,0	0,2	0,3	0,5	0,4	0,4	0,4
Bauten	3,5	-3,2	-0,9	-2,9	-0,5	-2,9	0,5	0,4	1,0	0,0	0,7	0,2
Ausrüstungen	1,8	1,1	5,4	-3,6	1,0	1,0	2,5	-1,2	0,8	0,8	2,0	-1,2
sonstige Anlagen	-0,1	0,8	1,0	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6	0,7	0,7	0,7	0,7
Vorratsinvestitionen <sup>2</sup>	-0,2	0,6	0,1	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
inländische Verwendung	0,8	0,8	0,5	-0,6	-0,4	0,1	0,5	0,5	0,6	0,6	0,5	0,3
Außenbeitrag <sup>2</sup>	0,1	-0,7	0,0	0,1	0,5	0,1	0,0	0,1	-0,1	-0,1	-0,1	0,0
Exporte	-0,3	0,7	1,9	-1,0	-1,7	0,5	0,6	0,8	0,7	0,7	0,6	0,7
Importe	-0,5	2,3	2,1	-1,3	-3,0	0,3	0,6	0,7	0,9	0,9	1,0	0,8
Bruttoinlandsprodukt	0,8	0,1	0,5	0,4	0,1	0,2	0,5	0,6	0,5	0,5	0,4	0,3

<sup>1</sup> Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte; in Vorjahrespreisen. – <sup>2</sup> Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 1. Quartal 2023: Prognose des IWH.

**Tabelle A6****Beiträge der Verwendungskomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts<sup>1</sup>**

in Prozentpunkten

	2021	2022	2023	2024
Konsumausgaben	1,0	2,4	-0,1	1,5
private Konsumausgaben	0,2	2,1	-0,1	1,2
Konsumausgaben des Staates	0,8	0,3	0,0	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	0,3	0,1	-0,5	0,4
Bauten	0,0	-0,2	-0,7	0,1
Ausrüstungen	0,2	0,2	0,1	0,2
sonstige Anlagen	0,0	0,1	0,1	0,1
Vorratsveränderung	0,5	0,5	0,5	0,1
inländische Verwendung	1,8	2,9	-0,1	2,0
Außenbeitrag	0,8	-1,2	0,5	-0,1
Exporte	4,2	1,4	-0,5	1,2
Importe	-3,4	-2,5	1,0	-1,4
Bruttoinlandsprodukt	2,6	1,8	0,4	1,9

<sup>1</sup> Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2023 und 2024: Prognose des IWH.

**Tabelle A7****Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate**

in % bzw. Prozentpunkten

	2021	2022	2023	2024
statistischer Überhang <sup>1</sup>	2,2	0,8	-0,1	0,7
Jahresverlaufsrate <sup>2</sup>	1,2	0,9	1,4	1,7
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	2,6	1,9	0,6	1,9
Kalendereffekt <sup>3</sup>	0,1	-0,1	-0,2	0,0
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich <sup>4</sup>	2,6	1,8	0,4	1,9

<sup>1</sup> Saison- und kalenderbereinigtes reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – <sup>2</sup> Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – <sup>3</sup> In % des realen BIP. – <sup>4</sup> Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; 2023 und 2024: Prognose des IWH.

**Tabelle A8****Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Deutschland 2022 und 2023**

	2022	2023 <sup>1</sup>	Veränderung in	
			1 000 Personen	%
Arbeitnehmer (Inland) <sup>1</sup>	41 662	41 946	284	0,7
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	34 509	34 711	201	0,6
Geförderte <sup>2</sup>	111	105	-6	-5,0
nicht geförderte	34 398	34 605	207	0,6
ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	4 125	4 203	78	1,9
sonstige	3 028	3 032	5	0,2
Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger	3 908	3 886	-22	-0,6
geförderte Selbstständigkeit	8	6	-1	-17,0
nicht geförderte Selbstständigkeit	3 900	3 880	-20	-0,5
Erwerbstätige (Inland)	45 570	45 832	262	0,6
staatlich subventionierte Erwerbstätige	537	376	-161	-30,1
geförderte Erwerbstätige <sup>3</sup>	119	112	-7	-5,8
Kurzarbeit	419	264	-155	-36,9
ungeförderte Erwerbstätigkeit	45 033	45 456	423	0,9
<i>nachrichtlich:</i>				
Anteil der staatlich subventionierten Erwerbstätigen (Inland) in %	1,2	0,8		

<sup>1</sup> Prognose des IWH. – <sup>2</sup> Eingliederungszuschüsse (einschl. für Schwerbehinderte); Einstiegsgeld bei abhängiger SV-pflichtiger Erwerbstätigkeit; Beschäftigungszuschuss; ESF Bundesprogramm zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter; Eingliederung von Langzeitarbeitslosen (§16 e SGB II); Teilhabe am Arbeitsmarkt; Förderung von Arbeitsverhältnissen. – <sup>3</sup> Geförderte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie geförderte Selbstständige.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen bzw. Schätzungen des IWH.

**Tabelle A9****Indikatoren zur Außenwirtschaft**

	2021	2022	2023	2024
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Exporte, real	9,7	2,9	-1,0	2,6
Importe, real	9,0	6,0	-2,1	3,1
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt			
Exporte, nominal	47,0	50,3	47,8	48,7
Importe, nominal	41,7	48,3	44,0	44,7
	Außenbeitrag			
Mrd. Euro, nominal	191,6	79,5	156,7	175,3

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2023 und 2024: Prognose des IWH.

**Tabelle A10****Reale Anlageinvestitionen in Deutschland**

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	2021	2022	2023	2024
Anlageinvestitionen insgesamt	1,2	0,4	-2,2	1,8
Bauinvestitionen insgesamt	0,0	-1,7	-6,1	1,1
Wohnbauten	0,6	-2,2	-7,3	1,6
Nichtwohnbauten insgesamt	-0,9	-1,0	-4,0	0,4
gewerbliche Bauten	0,1	-1,0	-3,4	1,4
öffentliche Bauten	-2,9	-1,1	-5,3	-1,8
Ausrüstungen	3,5	3,3	2,2	2,4
Sonstige Anlagen	1,0	2,1	2,9	2,7

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2023 und 2024: Prognose des IWH.

**Tabelle A11:**  
**Verfügbares Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte<sup>1</sup> in Deutschland**  
 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2021	2022	2023	2024
verfügbares Einkommen, nominal	2,1	7,0	4,9	5,2
<i>darunter:</i>				
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	4,2	6,2	5,1	4,1
monetäre Sozialleistungen	1,8	1,3	5,5	4,3
Selbstständigen-, Vermögenseinkommen	1,6	11,5	3,5	5,4
Sparen	-6,1	-19,6	2,4	2,1
private Konsumausgaben, nominal	3,5	11,6	5,1	5,4
<i>nachrichtlich:</i>				
Bruttolöhne und -gehälter (Summe)	3,7	6,3	5,7	4,9
Sparquote (in %)	15,1	11,4	11,1	10,8
Preisindex des privaten Konsums	3,1	6,9	5,4	3,0
private Konsumausgaben, real	0,4	4,3	-0,3	2,4

<sup>1</sup> Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2023 und 2024: Prognose des IWH.

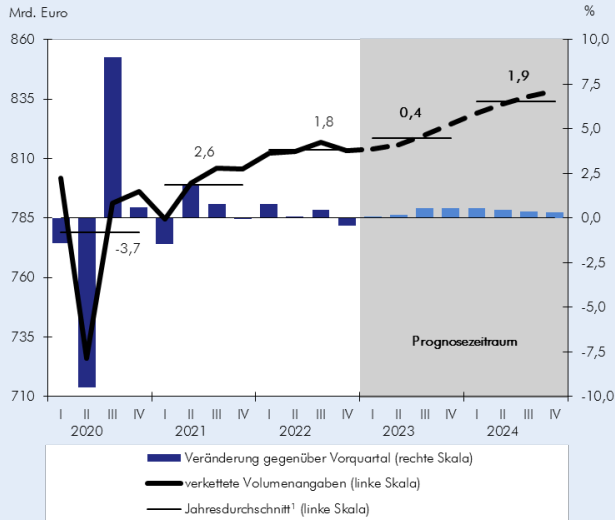
**Tabelle A12**  
**Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen<sup>1</sup>**  
 Veränderungsrate gegenüber dem Vorquartal in %

	2023				2023			
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Bruttoinlandsprodukt	0,8	0,1	0,5	-0,4	0,1	0,2	0,5	0,6
<i>Darunter</i>								
Bruttowertschöpfung	1,5	-0,6	1,6	-1,4	0,4	-0,1	0,7	0,4
<i>darunter</i>								
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	-0,1	-0,2	0,6	-1,1	0,3	0,1	0,9	0,6
Verarbeitendes Gewerbe	0,1	-0,2	1,0	-0,6	0,3	0,1	1,0	0,7
Energie- und Wasserversorgung	-0,7	0,5	-2,5	-4,5	0,2	0,0	0,4	0,3
Baugewerbe	2,5	-3,5	-2,2	-2,4	1,0	-1,0	0,9	0,8
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	1,8	-1,4	2,9	-2,9	0,1	-0,1	1,4	0,7
Information und Kommunikation	1,3	0,5	1,4	0,9	0,7	0,4	0,4	0,4
Finanz- und Versicherungsdienstleister	1,7	0,3	1,2	-1,0	-0,2	-0,5	0,1	0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,7	0,3	-0,3	0,4	0,4	0,2	0,2	0,2
Unternehmensdienstleister	1,8	-0,1	-0,3	0,1	0,3	0,4	0,8	0,5
öffentliche Dienstleister	2,8	-1,5	4,4	-1,7	0,8	-0,6	0,2	-0,2
sonstige Dienstleister	6,2	1,1	6,2	-6,8	0,1	0,2	0,5	0,5

<sup>1</sup> Verkettete Volumina, saison- und kalenderbereinigt.

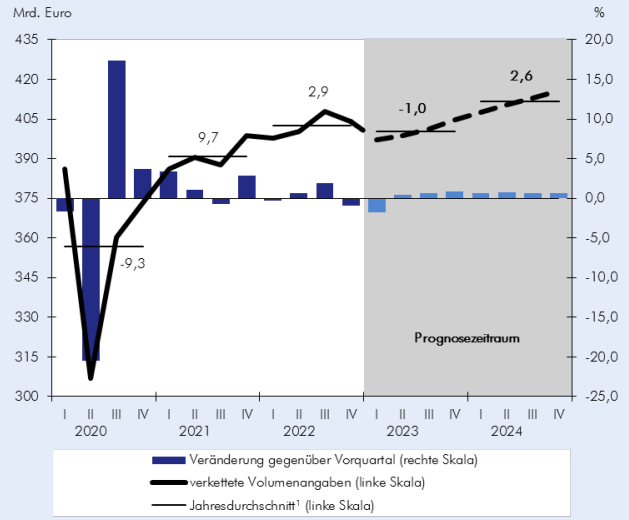
Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 1. Quartal 2023: Prognose des IWH.

**Abbildung A3**  
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland  
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



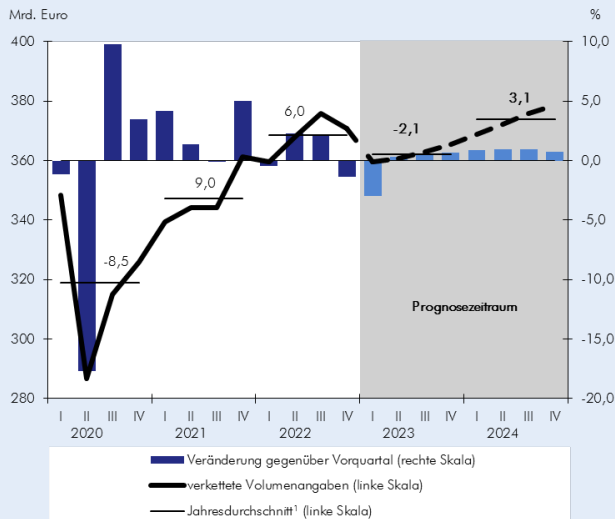
<sup>1</sup> Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.  
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH;  
ab 1. Quartal 2023: Prognose des IWH.

**Abbildung A4**  
Reale Exporte  
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



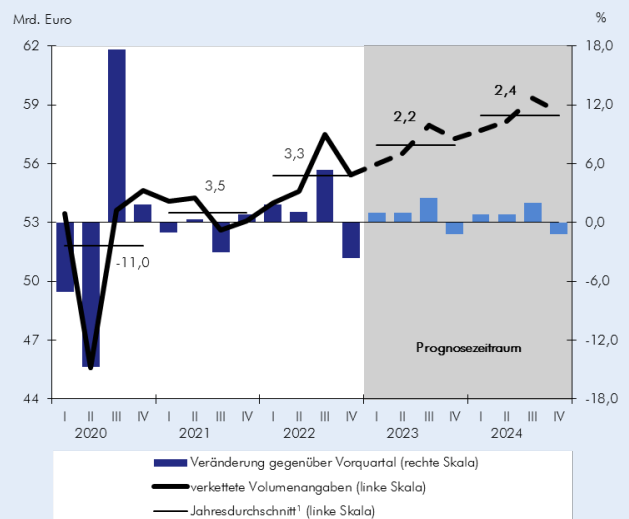
<sup>1</sup> Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.  
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH;  
ab 1. Quartal 2023: Prognose des IWH.

**Abbildung A5**  
Reale Importe  
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



<sup>1</sup> Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.  
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH;  
ab 1. Quartal 2023: Prognose des IWH.

**Abbildung A6**  
Reale Investitionen in Ausrüstungen  
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

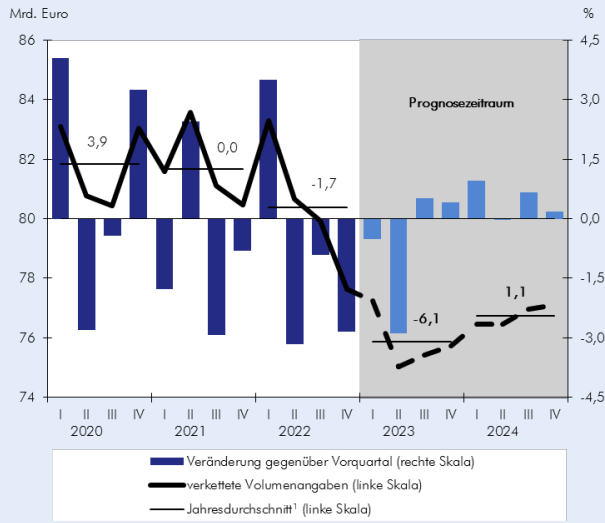


<sup>1</sup> Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.  
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH;  
ab 1. Quartal 2023: Prognose des IWH.

**Abbildung A7**

**Reale Bauinvestitionen**

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



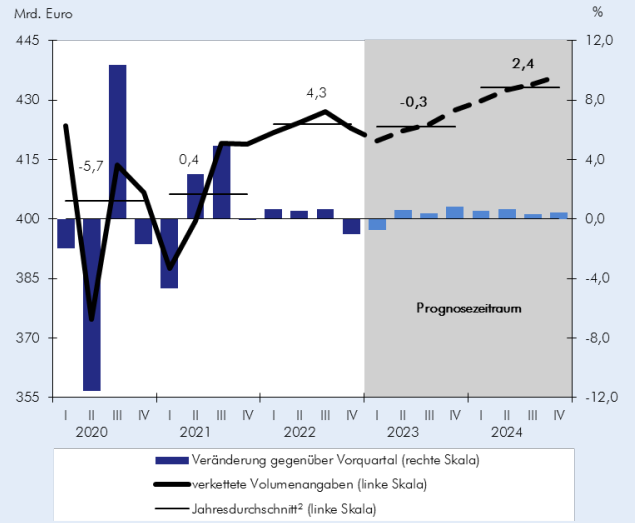
<sup>1</sup> Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2023: Prognose des IWH.

**Abbildung A8**

**Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte<sup>1</sup>**

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



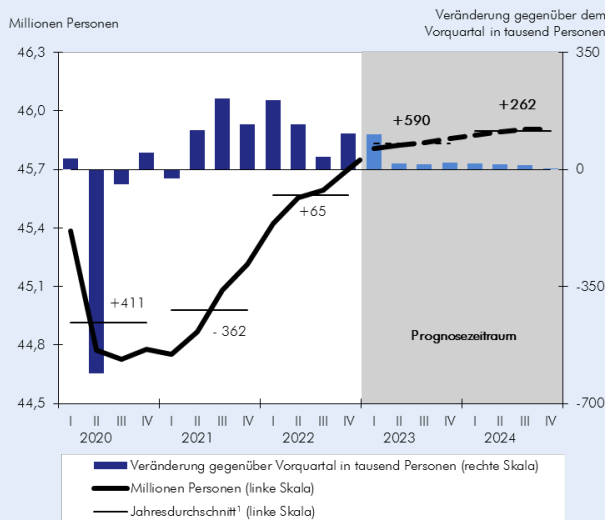
<sup>1</sup> Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. - <sup>2</sup> Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2023: Prognose des IWH.

**Abbildung A9**

**Erwerbstätige**

Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf



<sup>1</sup> Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

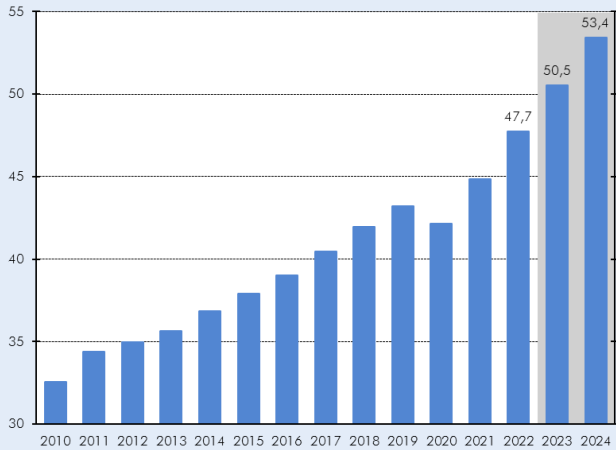
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2023: Prognose des IWH.



Weitere Indikatoren

**Abbildung A10**

**Bruttonationaleinkommen<sup>1</sup> je Einwohner**  
Tausend Euro, in jeweiligen Preisen

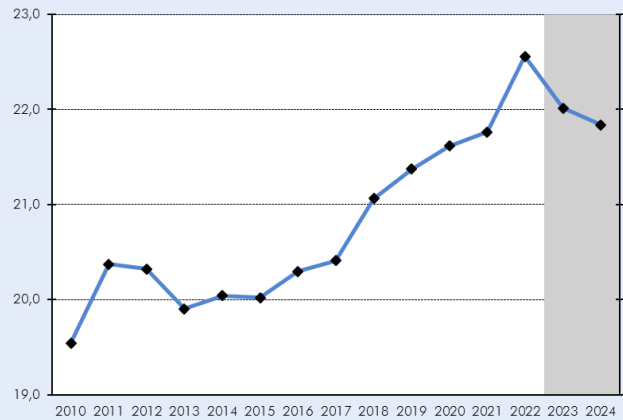


<sup>1</sup> Summe der von allen Inländern erwirtschafteten BWS zzgl. aller Gütersteuern (abzgl. Gütersubventionen), zzgl. Nettoeinnahmen aus Primäreinkommen im Ausland.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2023: Prognose des IWH.

**Abbildung A11**

**Bruttoanlageinvestitionen<sup>1</sup>**  
Anteil am BIP in %, in jeweiligen Preisen



<sup>1</sup> Bruttoanlageinvestitionen bezeichnen den Wert jener Anlagen, welche von inländischen Wirtschaftseinheiten erworben werden, um sie länger als ein Jahr im Produktionsprozess einzusetzen. Sie setzen sich zusammen aus Ausrüstungen, Bauten und sonstigen Anlagen.

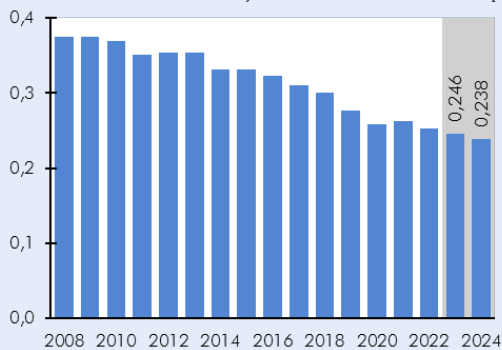
Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2023: Prognose des IWH.

**Abbildung A12**

**Jährliche Treibhausgas-Emissionsprognosen 2008 bis 2024**

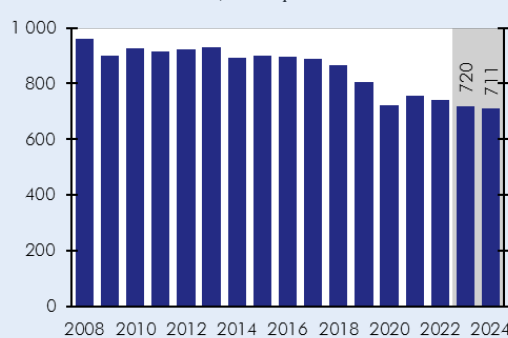
**(a) Emissionsintensitäten**

Millionen Tonnen THG je Mrd. Euro Bruttowertschöpfung



**(b) Gesamtemissionen**

Millionen Tonnen, CO<sub>2</sub>-äquivalent



Anmerkung: Prognose der Treibhausgasemissionen auf Basis der Wertschöpfung und der jeweiligen Emissionsintensitäten in den Wirtschaftsbereichen, vgl. dazu *Arbeitskreis Konjunktur des IWH: Preisschock gefährdet Erholung der deutschen Wirtschaft*, in: *Konjunktur aktuell*, Jg. 10 (1), 2022, 14.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Umweltbundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Tabelle A13

Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen<sup>1</sup>

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (-), in Mrd. Euro gegenüber Vorjahr

	2023	2024
<b>Einnahmen der Gebietskörperschaften</b>		
Alterseinkünftegesetz	-1,5	-1,5
schrittweises Abschmelzen des Solidaritätszuschlags	-0,7	-0,5
Mehreinnahmen durch steigende Rentenbesteuerung	0,4	0,4
Änderungen bei der Tabaksteuer	0,6	0,0
Zweites Familienentlastungsgesetz	-0,9	-0,2
Inflationsausgleichsgesetz: Änderungen beim Einkommensteuertarif	-8,6	-6,6
temporäre Senkung der Energiesteuer im Jahr 2022	3,2	0,0
Temporäre Senkung der Umsatzsteuer in der Gastronomie und auf Erdgas	-4,5	6,5
Weitere Erhöhung des Grundfreibetrags und des Arbeitnehmerpauschbetrags bei der Einkommensteuer zum 1. Januar 2022	-0,4	0,0
BMF-Schreiben zur Nutzungsdauer von Computer-Hardware und Software	0,8	2,3
Jahressteuergesetz 2022	-2,7	0,7
sonstige steuerliche Maßnahmen <sup>2</sup>	0,0	0,0
Klimapaket: CO <sub>2</sub> -Bepreisung in den Sektoren Gebäude und Verkehr	0,0	2,0
Klimapaket: steuerliche Maßnahmen	0,2	0,0
Änderungen bei der LKW-Maut	0,7	0,0
<b>Einnahmen der Sozialversicherungen</b>		
Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung zum 1. Januar 2023 um 0,3 Prozentpunkte und zum 1. Januar 2024 um 0,7 Prozentpunkte	3,7	8,3
Erhöhung des Beitragszuschlags zur gesetzlichen Pflegeversicherung um 0,35 Prozentpunkte, für Kinderlose um 0,6 Prozentpunkte zum 1. Juli 2023	3,2	3,5
Erhöhung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,2 Prozentpunkte zum 1. Januar 2023	2,5	0,1
Senkung der Insolvenzgeldumlage um 0,03 Prozentpunkte zum 1. Januar 2023	-0,3	0,0
Erhöhung der Midi- und Minijobgrenzen	-1,3	0,0
<b>Ausgaben der Gebietskörperschaften</b>		
zusätzliche investive Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag vom Februar 2018 <sup>3</sup>	-0,6	2,0
Zusätzliche Ausgaben des Klima- und Transformationsfonds	-5,0	-3,0
Zusätzliche investive Maßnahmen des Bundes in den Jahren 2021 bis 2024	-1,0	-0,5
LNG-Terminals	0,0	3,0
Zusätzliche Verteidigungsausgaben	-9,0	-4,0
Zusätzliche Mittel für den sozialen Wohnungsbau	-0,5	0,0
Energiepreispauschale im Jahr 2022	10,0	0,0
Heizkostenzuschüsse für Geringverdiener im Jahr 2022	1,7	0,0
Einmalzahlung an Rentner im Jahr 2022	6,0	0,0
Einmalzahlung an Studierende	-0,7	0,7
Inflationsausgleichsgesetz: Anhebung des Kindergeldes	-3,6	0,8
Erhöhung des Kinderzuschlags	-0,2	0,0
Unternehmenshilfen im Zusammenhang mit dem Energiepreisanstieg	20,0	3,0
Strom- und Gaspreispbremse, Dezemberabschlag 2022, Stabilisierung Übertragungsnetzentgelte, Härtefallregelungen	-15,0	15,0
Spitzenausgleich bei Strom- und Energiesteuern	0,0	1,7
Preissenkung im öffentlichen Personennahverkehr	0,7	-1,0
Zusätzliche Mittel für Forschungseinrichtungen	-0,6	-0,3
Einführung Bürgergeld zum 1. Januar 2023	-4,8	-0,4
Änderungen beim Wohngeld	-3,0	0,3
Änderungen beim BAföG	-0,6	0,1
Aufbauhilfefonds 2021	-3,0	0,0
Pflegebonus 2022	1,0	0,0
<b>Ausgaben der Sozialversicherungen</b>		
rentenpolitische Maßnahmen aus der vergangenen Legislaturperiode <sup>4</sup>	-0,3	-0,3
GKV-Finanzstabilisierungsgesetz	1,9	0,3
Einmaliger Zuschuss für ALG-I-Empfänger im Jahr 2022	0,1	0,0
Grundrente	0,8	-0,2
Pflegepersonal-Stärkungsgesetz	-0,1	-0,2
Maßnahmen im Bereich der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung	1,0	-3,7
Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie	12,0	5,0
<b>insgesamt (Mrd. Euro gegenüber Vorjahr)<sup>5</sup></b>	<b>1,6</b>	<b>33,3</b>
insgesamt gegenüber Vorjahr (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	0,0	0,8

<sup>1</sup> Ohne makroökonomische Rückwirkungen; ohne Berücksichtigung der Stützungsmaßnahmen für Finanzinstitute und Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU). – <sup>2</sup> Reform der Investmentbesteuerung, Weiterentwicklung der steuerlichen Verlustverrechnung bei Körperschaften, Änderungen beim Rennwett- und Lotteriesteuerergesetz, Fondsstandortgesetz, Jahressteuergesetz 2020, Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge und Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen, Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen. – <sup>3</sup> Digitalpakt, Fonds für den Breitbandausbau, Ausbau von Ganztagschulen, zusätzliche Mittel für die Kinderbetreuung, Erhöhung der Mittel für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. – <sup>4</sup> Anpassung des aktuellen Rentenwerts in Ostdeutschland, Verbesserungen für Erwerbsgeminderte, Stärkung der Betriebsrenten, Flexirente. – <sup>5</sup> Differenzen durch Rundungsfehler.

Quellen: Bundesregierung; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Tabelle A14

## Hauptaggregate der Sektoren

## Jahresergebnisse 2022

in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 498,5	2 372,8	399,0	726,8	–
2	– Abschreibungen	792,7	452,7	100,3	239,7	–
3	= Nettowertschöpfung <sup>1</sup>	2 705,8	1 920,0	298,7	487,1	–79,5
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 025,3	1 464,9	306,7	253,6	18,3
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	38,6	28,2	0,3	10,1	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	54,1	44,7	0,1	9,2	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	696,0	471,6	–8,2	232,6	–97,8
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 029,8	–	–	2 029,8	13,8
9	– geleistete Subventionen	72,8	–	72,8	–	4,7
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	420,5	–	420,5	–	10,0
11	– geleistete Vermögenseinkommen	710,3	663,9	26,1	20,2	233,2
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	843,0	428,9	16,6	397,5	100,5
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 206,2	236,6	330,0	2 639,7	–211,4
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	514,1	122,4	–	391,7	14,2
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	527,8	–	527,8	–	0,6
16	– geleistete Nettosozialbeiträge <sup>2</sup>	809,1	–	–	809,1	4,6
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge <sup>2</sup>	809,2	142,5	665,8	0,9	4,5
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	693,5	73,9	618,7	0,9	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	685,5	–	–	685,5	8,6
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	424,8	216,9	113,4	94,6	70,1
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	363,7	191,3	28,0	144,4	131,3
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 150,8	157,2	819,5	2 174,2	–156,0
23	– Konsumausgaben	2 827,3	–	848,4	1 978,9	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–59,0	–	59,0	–
25	= Sparen	323,5	98,2	–29,0	254,2	–156,0
26	– geleistete Vermögenstransfers	125,2	18,2	91,4	15,7	7,0
27	+ empfangene Vermögenstransfers	112,4	72,9	19,0	20,5	19,8
28	– Bruttoinvestitionen	960,2	569,4	101,6	289,2	–
29	+ Abschreibungen	792,7	452,7	100,3	239,7	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	10,7	11,2	–1,3	0,8	–10,7
31	= Finanzierungssaldo	132,5	25,0	–101,3	208,8	–132,5
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 150,8	157,2	819,5	2 174,2	–156,0
33	– geleistete soziale Sachtransfers	540,3	–	540,3	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	540,3	–	–	540,3	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 150,8	157,2	279,1	2 714,5	–156,0
36	– Konsum <sup>3</sup>	2 827,3	–	308,1	2 519,3	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–59,0	–	59,0	–
38	= Sparen	323,5	98,2	–28,9	254,2	–156,0

<sup>1</sup> Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

<sup>2</sup> Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

<sup>3</sup> Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt.

## noch: Hauptaggregate der Sektoren

## Jahresergebnisse 2023

in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 754,1	2 557,4	422,6	774,2	–
2	– Abschreibungen	883,8	514,1	109,7	259,9	–
3	= Nettowertschöpfung <sup>1</sup>	2 870,4	2 043,2	312,9	514,3	–156,7
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 145,3	1 556,8	318,9	269,5	19,2
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	37,3	27,2	0,3	9,8	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	35,7	29,8	0,1	5,7	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	723,4	489,1	–6,2	240,6	–175,9
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 149,4	–	–	2 149,4	15,0
9	– geleistete Subventionen	52,4	–	52,4	–	5,1
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	422,9	–	422,9	–	10,5
11	– geleistete Vermögenseinkommen	716,0	664,3	33,5	18,2	230,1
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	858,0	433,0	15,9	409,1	88,1
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 385,4	257,8	346,6	2 781,0	–297,5
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	524,7	118,7	–	406,0	14,9
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	539,0	–	539,0	–	0,6
16	– geleistete Nettosozialbeiträge <sup>2</sup>	859,1	–	–	859,1	4,9
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge <sup>2</sup>	859,4	148,3	710,3	0,9	4,5
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	731,0	75,0	655,1	0,9	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	723,0	–	–	723,0	8,7
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	450,8	233,0	91,8	126,0	68,8
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	392,5	195,9	29,1	167,5	127,1
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 333,7	175,2	878,1	2 280,4	–245,8
23	– Konsumausgaben	2 968,5	–	889,2	2 079,2	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–59,2	–	59,2	–
25	= Sparen	365,2	116,0	–11,2	260,3	–245,8
26	– geleistete Vermögenstransfers	142,9	53,3	73,3	16,4	6,4
27	+ empfangene Vermögenstransfers	128,3	84,3	19,8	24,1	21,0
28	– Bruttoinvestitionen	1 003,2	603,2	110,2	289,8	–
29	+ Abschreibungen	883,8	514,1	109,7	259,9	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	10,7	11,0	–1,3	1,0	–10,7
31	= Finanzierungssaldo	220,4	47,0	–63,8	237,2	–220,4
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 333,7	175,2	878,1	2 280,4	–245,8
33	– geleistete soziale Sachtransfers	561,8	–	561,8	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	561,8	–	–	561,8	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 333,7	175,2	316,3	2 842,1	–245,8
36	– Konsum <sup>3</sup>	2 968,5	–	327,5	2 641,0	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–59,2	–	59,2	–
38	= Sparen	365,2	116,0	–11,2	260,3	–245,8

<sup>1</sup> Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.<sup>2</sup> Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.<sup>3</sup> Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2023 und 2024: Prognose des IWH.

noch: Hauptaggregate der Sektoren  
 Jahresergebnisse 2024  
 in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 936,3	2 667,1	449,1	820,0	–
2	– Abschreibungen	962,8	567,4	118,8	276,6	–
3	= Nettowertschöpfung <sup>1</sup>	2 973,4	2 099,7	330,3	543,4	–175,3
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 257,2	1 639,3	334,0	283,8	20,5
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	40,4	29,4	0,3	10,7	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	32,0	27,1	0,1	4,8	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	707,9	458,1	–3,9	253,7	–195,8
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 261,4	–	–	2 261,4	16,3
9	– geleistete Subventionen	40,0	–	40,0	–	5,1
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	446,6	–	446,6	–	10,6
11	– geleistete Vermögenseinkommen	700,1	644,4	36,3	19,3	246,2
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	871,5	424,0	16,3	431,2	74,8
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 547,2	237,6	382,6	2 926,9	–345,5
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	548,6	122,0	–	426,6	15,6
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	563,6	–	563,6	–	0,6
16	– geleistete Nettosozialbeiträge <sup>2</sup>	914,2	–	–	914,2	5,1
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge <sup>2</sup>	914,8	153,9	760,0	0,9	4,5
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	762,6	76,0	685,7	0,9	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	754,4	–	–	754,4	8,9
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	482,1	253,3	96,2	132,6	68,1
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	421,1	200,6	29,8	190,7	129,1
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 493,6	140,8	954,2	2 398,6	–291,8
23	– Konsumausgaben	3 120,0	–	927,8	2 192,3	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–59,4	–	59,4	–
25	= Sparen	373,6	81,4	26,4	265,8	–291,8
26	– geleistete Vermögenstransfers	147,1	66,8	63,5	16,8	6,2
27	+ empfangene Vermögenstransfers	132,0	86,8	20,3	24,9	21,3
28	– Bruttoinvestitionen	1 044,5	622,3	118,4	303,9	–
29	+ Abschreibungen	962,8	567,4	118,8	276,6	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	10,7	10,6	–1,3	1,5	–10,7
31	= Finanzierungssaldo	266,0	35,9	–15,0	245,2	–266,0
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 493,6	140,8	954,2	2 398,6	–291,8
33	– geleistete soziale Sachtransfers	579,7	–	579,7	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	579,7	–	–	579,7	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 493,6	140,8	374,5	2 978,4	–291,8
36	– Konsum <sup>3</sup>	3 120,0	–	348,1	2 772,0	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–59,4	–	59,4	–
38	= Sparen	373,6	81,4	26,4	265,8	–291,8

<sup>1</sup> Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

<sup>2</sup> Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

<sup>3</sup> Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2023 und 2024: Prognose des IWH.

Tabelle A15

## VGR-Tabellen

## Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2023 und 2024

	2022	2023	2024	2023		2024	
				1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj
<b>1 Entstehung des Inlandsprodukts</b>							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Erwerbstätige	1,3	0,6	0,1	0,8	0,4	0,2	0,1
Arbeitsvolumen	1,4	-0,2	0,7	-0,1	-0,2	0,4	0,9
Arbeitsstunden je Erwerbstätige	0,1	-0,7	0,5	-0,8	-0,6	0,3	0,8
Produktivität <sup>1</sup>	0,4	0,5	1,2	0,3	0,8	1,4	1,0
<b>Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt</b>	<b>1,8</b>	<b>0,4</b>	<b>1,9</b>	<b>0,2</b>	<b>0,6</b>	<b>1,8</b>	<b>1,9</b>

## 2 Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 827,3	2 968,5	3 120,0	1 449,2	1 519,3	1 520,1	1 599,9
private Haushalte <sup>2</sup>	1 978,9	2 079,2	2 192,3	1 015,4	1 063,8	1 067,2	1 125,0
Staat	848,4	889,2	927,8	433,8	455,5	452,9	474,9
Anlageinvestitionen	872,3	909,6	951,1	440,1	469,5	459,1	492,0
Ausrüstungen	474,6	483,5	506,4	237,4	246,1	247,2	259,2
Bauten	253,7	276,2	288,9	131,1	145,0	137,6	151,3
Ausrüstungen	144,0	149,9	155,8	71,5	78,4	74,3	81,6
Vorratsveränderung <sup>3</sup>	87,9	93,6	93,4	51,3	42,3	51,4	42,0
inländische Verwendung	3 787,5	3 971,6	4 164,6	1 940,5	2 031,1	2 030,7	2 133,9
Außenbeitrag	79,5	156,7	175,3	82,7	74,1	91,6	83,8
Exporte	1 946,6	1 972,6	2 114,3	968,0	1 004,6	1 034,3	1 079,9
Importe	1 867,1	1 815,8	1 939,0	885,3	930,5	942,8	996,2
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>3 867,1</b>	<b>4 128,4</b>	<b>4 339,9</b>	<b>2 023,2</b>	<b>2 105,2</b>	<b>2 122,2</b>	<b>2 217,7</b>

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	10,0	5,0	5,1	6,0	4,1	4,9	5,3
private Haushalte <sup>2</sup>	11,6	5,1	5,4	6,5	3,7	5,1	5,8
Staat	6,4	4,8	4,3	4,8	4,8	4,4	4,3
Anlageinvestitionen	11,3	4,3	4,6	5,2	3,4	4,3	4,8
Bauten	13,9	1,9	4,7	2,5	1,3	4,1	5,3
Ausrüstungen	10,6	8,9	4,6	11,2	6,9	5,0	4,3
sonstige Anlageinvestitionen	4,6	4,1	4,0	4,2	4,0	3,9	4,0
Inländische Verwendung	11,1	4,9	4,9	5,8	4,0	4,6	5,1
Exporte	14,9	1,3	7,2	2,8	0,0	6,9	7,5
Importe	24,3	-2,7	6,8	-0,3	-5,0	6,5	7,1
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>7,4</b>	<b>6,8</b>	<b>5,1</b>	<b>7,2</b>	<b>6,3</b>	<b>4,9</b>	<b>5,3</b>
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:							
Außenbeitrag	2,1	3,8	4,0	4,1	3,5	4,3	3,8

## 3 Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2015)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 411,3	2 407,6	2 457,0	1 186,2	1 221,4	1 209,9	1 247,1
private Haushalte <sup>2</sup>	1 698,0	1 693,1	1 733,0	830,6	862,6	850,3	882,7
Staat	711,8	712,9	722,5	354,8	358,2	358,8	363,7
Anlageinvestitionen	675,3	660,6	672,3	321,9	338,7	325,9	346,5
Bauten	323,0	303,5	306,9	150,7	152,7	150,9	156,0
Ausrüstungen	222,9	227,8	233,2	108,8	119,0	111,4	121,8
sonstige Anlageinvestitionen	129,2	132,9	136,6	63,2	69,7	64,9	71,6
inländische Verwendung	3 117,6	3 113,8	3 178,3	1 535,5	1 578,3	1 565,3	1 613,0
Exporte	1 617,7	1 601,2	1 642,8	795,0	806,2	813,2	829,5
Importe	1 479,5	1 448,2	1 492,9	713,3	734,8	731,5	761,3
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>3 261,0</b>	<b>3 273,7</b>	<b>3 335,0</b>	<b>1 620,7</b>	<b>1 653,0</b>	<b>1 650,3</b>	<b>1 684,8</b>

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	3,4	-0,2	2,1	-0,4	0,1	2,0	2,1
private Haushalte <sup>2</sup>	4,3	-0,3	2,4	-0,5	-0,1	2,4	2,3
Staat	1,2	0,2	1,3	-0,3	0,6	1,1	1,5
Anlageinvestitionen	0,4	-2,2	1,8	-2,5	-1,9	1,2	2,3
Bauten	-1,7	-6,1	1,1	-7,3	-4,8	0,1	2,1
Ausrüstungen	3,3	2,2	2,4	3,5	1,0	2,4	2,4
sonstige Anlageinvestitionen	2,1	2,9	2,7	3,1	2,7	2,7	2,8
inländische Verwendung	3,1	-0,1	2,1	-0,1	-0,2	1,9	2,2
Exporte	2,9	-1,0	2,6	-0,5	-1,5	2,3	2,9
Importe	6,0	-2,1	3,1	-1,0	-3,2	2,6	3,6
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>1,8</b>	<b>0,4</b>	<b>1,9</b>	<b>0,2</b>	<b>0,6</b>	<b>1,8</b>	<b>1,9</b>

## noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2022 und 2023

	2022	2023	2024	2023		2024	
				1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj

**4 Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015=100)**

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

private Konsumausgaben <sup>2</sup>	6,9	5,4	3,0	7,0	3,8	2,7	3,3
Konsumausgaben des Staates	5,2	4,6	3,0	5,1	4,2	3,2	2,7
Anlageinvestitionen	10,8	6,6	2,7	7,9	5,4	3,0	2,5
Bauten	15,9	8,4	3,6	10,6	6,4	4,0	3,1
Ausrüstungen	7,1	6,5	2,2	7,4	5,8	2,5	1,9
Exporte	11,7	2,4	4,5	3,3	1,5	4,5	4,5
Importe	17,2	-0,6	3,6	0,7	-1,8	3,8	3,3
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>5,5</b>	<b>6,3</b>	<b>3,2</b>	<b>6,9</b>	<b>5,8</b>	<b>3,0</b>	<b>3,4</b>

**5 Einkommensentstehung und -verteilung**

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte <sup>2</sup>	2 639,7	2 781,0	2 926,9	1 368,5	1 412,5	1 438,4	1 488,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	359,7	384,6	409,3	185,9	198,6	198,5	210,8
Bruttolöhne und -gehälter	1 670,0	1 764,9	1 852,0	836,1	928,7	877,4	974,6
übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	609,9	631,5	665,6	346,4	285,2	362,5	303,1
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	566,6	604,4	620,3	278,6	325,8	283,9	336,3
<b>Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)</b>	<b>3 206,2</b>	<b>3 385,4</b>	<b>3 547,2</b>	<b>1 647,1</b>	<b>1 738,3</b>	<b>1 722,4</b>	<b>1 824,9</b>
Abschreibungen	792,7	883,8	962,8	433,1	450,7	473,0	489,8
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>3 998,9</b>	<b>4 269,1</b>	<b>4 510,0</b>	<b>2 080,2</b>	<b>2 188,9</b>	<b>2 195,4</b>	<b>2 314,7</b>
<i>nachrichtlich:</i>							
Volkseinkommen	2 858,5	3 014,9	3 140,6	1 464,4	1 550,5	1 516,2	1 624,4
Arbeitnehmerentgelt	2 029,8	2 149,4	2 261,4	1 022,1	1 127,4	1 075,9	1 185,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	828,7	865,4	879,3	442,3	423,1	440,3	439,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte <sup>2</sup>	7,1	5,4	5,2	6,0	4,7	5,1	5,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,5	6,9	6,4	6,9	6,9	6,8	6,2
Bruttolöhne und -gehälter	6,3	5,7	4,9	6,0	5,4	4,9	4,9
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	4,8	5,0	4,8	5,1	4,9	4,7	4,8
übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	11,5	3,5	5,4	5,5	1,3	4,7	6,3
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	1,3	6,7	2,6	6,5	6,8	1,9	3,2
<b>Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)</b>	<b>6,0</b>	<b>5,6</b>	<b>4,8</b>	<b>6,1</b>	<b>5,1</b>	<b>4,6</b>	<b>5,0</b>
Abschreibungen	12,5	11,5	8,9	11,7	11,3	9,2	8,7
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>7,2</b>	<b>6,8</b>	<b>5,6</b>	<b>7,2</b>	<b>6,3</b>	<b>5,5</b>	<b>5,7</b>
<i>nachrichtlich:</i>							
Volkseinkommen	4,2	5,5	4,2	6,6	4,4	3,5	4,8
Arbeitnehmerentgelt	5,8	5,9	5,2	6,2	5,7	5,3	5,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	0,4	4,4	1,6	7,6	1,3	-0,5	3,8

**6 Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte<sup>2</sup>**

a) Mrd EUR

Masseneinkommen	1 667,3	1 754,8	1 828,5	833,5	921,3	866,6	961,9
Nettolöhne und -gehälter	1 128,8	1 186,9	1 235,9	554,3	632,6	576,3	659,6
monetäre Sozialleistungen	685,5	723,0	754,4	355,3	367,7	369,3	385,1
abz Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	147,0	155,1	161,8	76,0	79,0	79,0	82,8
übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	609,9	631,5	665,6	346,4	285,2	362,5	303,1
sonstige Transfers (Saldo) <sup>5</sup>	-103,0	-106,0	-95,5	-54,0	-52,0	-48,5	-47,0
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>2 174,2</b>	<b>2 280,4</b>	<b>2 398,6</b>	<b>1 125,9</b>	<b>1 154,5</b>	<b>1 180,6</b>	<b>1 218,0</b>
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	59,0	59,2	59,4	28,8	30,5	28,9	30,6
Konsumausgaben	1 978,9	2 079,2	2 192,3	1 015,4	1 063,8	1 067,2	1 125,0
Sparen	254,2	260,3	265,8	139,2	121,1	142,2	123,6
Sparquote (%) <sup>6</sup>	11,4	11,1	10,8	12,1	10,2	11,8	9,9

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	4,5	5,2	4,2	5,5	5,1	4,0	4,4
Nettolöhne und -gehälter	6,2	5,1	4,1	5,6	4,8	4,0	4,3
monetäre Sozialleistungen	1,3	5,5	4,3	5,2	5,7	4,0	4,7
abz Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	2,3	5,5	4,4	5,2	5,7	4,0	4,7
übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	11,5	3,5	5,4	5,5	1,3	4,7	6,3
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>7,0</b>	<b>4,9</b>	<b>5,2</b>	<b>6,1</b>	<b>3,7</b>	<b>4,9</b>	<b>5,5</b>
Konsumausgaben	11,6	5,1	5,4	6,5	3,7	5,1	5,8
Sparen	-19,6	2,4	2,1	2,5	2,3	2,1	2,0

## noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2022 und 2023

	2022	2023	2024	2023		2024	
				1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj
<b>7 Einnahmen und Ausgaben des Staates<sup>7</sup></b>							
a) Mrd. EUR							
<b>Einnahmen</b>							
Steuern	948,3	961,9	1 010,2	481,4	480,5	508,9	501,3
Nettosozialbeiträge	665,8	710,3	760,0	343,7	366,6	367,9	392,1
Vermögenseinkommen	16,6	15,9	16,3	7,9	7,9	8,1	8,1
sonstige Transfers	28,0	29,1	29,8	12,6	16,5	13,0	16,9
Vermögenstransfers	19,0	19,8	20,3	9,7	10,1	10,0	10,4
Verkäufe	143,0	149,1	156,5	69,4	79,7	72,8	83,7
sonstige Subventionen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
<b>Insgesamt</b>	<b>1 820,8</b>	<b>1 886,2</b>	<b>1 993,3</b>	<b>924,7</b>	<b>961,4</b>	<b>980,8</b>	<b>1 012,5</b>
<b>Ausgaben</b>							
Vorleistungen <sup>8</sup>	592,8	616,1	635,5	299,1	316,9	308,2	327,3
Arbeitnehmerentgelt	306,7	318,9	334,0	153,1	165,8	160,9	173,2
Vermögenseinkommen (Zinsen)	26,1	33,5	36,3	15,7	17,9	17,1	19,2
Subventionen	72,8	52,4	40,0	27,2	25,2	16,8	23,2
monetäre Sozialleistungen	618,7	655,1	685,7	321,4	333,7	335,0	350,7
sonstige laufende Transfers	113,4	91,8	96,2	45,4	46,3	47,2	49,0
Vermögenstransfers	91,4	73,3	63,5	34,2	39,1	24,3	39,2
Bruttoinvestitionen	101,6	110,2	118,4	47,1	63,1	50,4	68,0
Nettozugang an nichtprod Vermögensgütern	-1,3	-1,3	-1,3	-0,6	-0,7	-0,6	-0,7
<b>Insgesamt</b>	<b>1 922,1</b>	<b>1 950,0</b>	<b>2 008,4</b>	<b>942,6</b>	<b>1 007,4</b>	<b>959,2</b>	<b>1 049,1</b>
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>-101,3</b>	<b>-63,8</b>	<b>-15,0</b>	<b>-17,9</b>	<b>-45,9</b>	<b>21,5</b>	<b>-36,6</b>
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
<b>Einnahmen</b>							
Steuern	8,0	1,4	5,0	2,9	0,0	5,7	4,3
Nettosozialbeiträge	5,1	6,7	7,0	6,9	6,5	7,0	7,0
Vermögenseinkommen	9,1	-4,1	2,4	-12,2	5,7	2,4	2,3
sonstige Transfers	-6,9	4,0	2,6	3,9	4,0	3,0	2,3
Vermögenstransfers	-6,6	4,4	2,7	7,7	1,5	3,0	2,5
Verkäufe	6,3	4,2	5,0	4,3	4,2	5,0	5,1
sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
<b>Insgesamt</b>	<b>6,4</b>	<b>3,6</b>	<b>5,7</b>	<b>4,4</b>	<b>2,9</b>	<b>6,1</b>	<b>5,3</b>
<b>Ausgaben</b>							
Vorleistungen <sup>8</sup>	6,3	3,9	3,2	4,1	3,7	3,0	3,3
Arbeitnehmerentgelt	4,2	4,0	4,7	3,2	4,7	5,1	4,4
Vermögenseinkommen (Zinsen)	25,8	28,3	8,3	25,0	31,3	9,0	7,7
Subventionen	-34,8	-28,0	-23,7	-6,1	-42,5	-38,3	-7,9
monetäre Sozialleistungen	1,3	5,9	4,7	5,6	6,1	4,2	5,1
sonstige laufende Transfers	25,4	-19,0	4,8	4,0	-33,5	3,9	5,7
Vermögenstransfers	34,2	-19,8	-13,4	49,0	-42,8	-29,0	0,3
Bruttoinvestitionen	8,8	8,5	7,5	7,7	9,0	7,0	7,8
Nettozugang an nichtprod Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
<b>Insgesamt</b>	<b>4,1</b>	<b>1,5</b>	<b>3,0</b>	<b>5,8</b>	<b>-2,3</b>	<b>1,8</b>	<b>4,1</b>
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP: Finanzierungssaldo des Staates	-2,6	-1,5	-0,3	-0,9	-2,2	1,0	-1,7

<sup>1</sup> Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde<sup>2</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck<sup>3</sup> Einschließlich Nettozugang an Wertsachen<sup>4</sup> Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen<sup>5</sup> Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers<sup>6</sup> Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche)<sup>7</sup> Gebietskörperschaften und Sozialversicherung<sup>8</sup> Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH; ab 2023: Prognose des IWH.







## Impressum

### Herausgeber:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.  
Professor Dr. Oliver Holtemöller  
Professor Michael Koetter, Ph.D.  
Professor Dr. Steffen Müller

### Redaktion

Stefanie Müller-Dreißigacker, M. A.  
Layout und Satz: Franziska Exß  
Tel +49 345 7753 720  
Fax +49 345 7753 718  
E-Mail: stefanie.mueller@iwh-halle.de

### Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle  
Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)  
Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820  
[www.iwh-halle.de](http://www.iwh-halle.de)

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,  
Beleg erbeten.

Titelbild: Annie Spratt @anniespratt,  
[www.unsplash.com](http://www.unsplash.com)

Konjunktur aktuell, 11. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 14.03.2023

ISSN 2195-8319